

Abonnements-Bedingungen:
Abonnementpreis 3,50 RM. monatlich 1,50 RM.
wöchentlich 30 Pf. frei und Haus...

Vorwärts

Die Insertions-Gebühr
Beträgt für die sechsgehaltene Kolonne
oder deren Raum 60 Pf. für
politische und gewerkschaftliche...

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Dienstag, den 24. Oktober 1916.
Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.

Einnahme von Constanza.

Zum Sieg in der Dobrudscha.

Durch den Fall der Hafenseite Constanza, den der Heeresbericht vom 23. Oktober meldet, hat die Sache des Vierverbundes in Rumänien eine neue schwere Niederlage erlitten.

Durch Rumäniens Eingreifen in den Krieg sollten Bulgarien und die Türkei entweder diplomatisch oder, wenn dies nicht gelang, militärisch von den Centralmächten abgedrängt werden.

So stehen die militärischen Tatsachen in einem sinnfällig scharfen Gegensatz zu der politischen Haltung der Gegner, die alle Friedensstimmen aus Deutschland kalt zurückweisen, ja sie als Zeichen deutscher Schwäche und als neues Reizmittel zur Aufweckung der Kriegslust zu mißbrauchen suchen.

Der Unterschied zwischen ihnen und drüben besteht eben darin, daß auf deutscher Seite, nicht zuletzt durch die Arbeit der Sozialdemokratie, die Einsicht in die realen Möglichkeiten dieses Krieges ständig wächst, während man in Frankreich und England — in weit höherem Maße, als das hierzulande der Fall ist — den versteinerten Illusionen huldigt.

Freilich in einer Zeit, wo jeder Tag die Kerben aufpeitschende Neuigkeiten bringt, ist so etwas rasch vergessen. Da denkt man auch nicht mehr daran, daß einer dieser hohen Sachverständigen, dessen Worten die Münchener Versammlung (der Alldeutschen, Abt. d. V.) gläubig lauschte, im Spätherbst 1914 aufs Positivste erklärte: „Anfang Januar 1915 würden die Deutschen siegreich in Kapstadt einrücken, im März 1915 würden wir die Franzosen niedergeworfen haben, im April die Russen und im Mai würden die deutschen Lloyd-Dampfer nach England fahren!“

Solche Prophezeiungen hört man heutzutage in Deutschland nicht mehr, und es ist nicht anzunehmen, daß sie auf die Politik des Reiches entscheidenden Einfluß haben.

Es ist schon einmal so, und keine Klugelei kann über die harte Tatsache hinweghelfen: Genügt zur Kriegserklärung auch nur einer, so gehören zum Friedensschluß immer wenigstens zwei. Entweder muß einer von beiden eingesehen haben, daß jeder weitere Widerstand nutzlos ist oder es müssen beide zur Einsicht gelangt sein, daß ihre gegenseitigen Ueberwältigungsversuche aussichtslos sind.

So steht die Politik der deutschen Sozialdemokratie in Wechselwirkung zur Kriegsführung. Ist es ihre Aufgabe, zu einer nüchternen Beurteilung errungener militärischer Erfolge beizutragen und den deutschen Willen zum Frieden

Meldung des Großen Hauptquartiers.

Amtlich. Großes Hauptquartier, 23. Oktober 1916. (W. Z. B.):

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht. Mit unverminderter Stärke ging gestern der gewaltige Artilleriekampf auf dem Nordufer der Somme weiter.

Vom Nachmittage bis tief in die Nacht hinein griffen zwischen Le Sars und Lesbœufs die Engländer, anschließend bis Bancourt die Franzosen mit sehr starken Kräften an. Unsere tapfere Infanterie, vortrefflich unterstützt durch die Artillerie und Flieger, wies in ihren zusammengeschossenen Stellungen alle Angriffe blutig ab, nur nordwestlich von Sailly ist der Franzose in einen schmalen Grabenrest der vordersten Linie beim Nachtangriff eingedrungen.

Südlich der Somme gelang am Vormittag unser Vorstoß im Nordteil des Ambowalbes nördlich von Chaulnes. Seit Nacht ist dort befehlsgemäß unsere Verteidigung, ohne Einwirkung des Feindes, in eine östlich des Waldstückes vorbereitete Stellung gelegt worden.

Heeresgruppe Kronprinz.

Zwischen Argonnen und Woivre war das Artilleriefener lebhaft.

Nähe der Küste, im Somme- und Maasgebiet sehr rege Fliegertätigkeit.

22 feindliche Flieger sind durch Luftangriff und Abwehrfeuer abgeschossen, 11 Flugzeuge liegen hinter unseren Linien. Hauptmann Voelke bezwang seinen 37. und 38., Leutnant Fraull den 14. Gegner im Luftkampf.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.

Außer zeitweilig lebhaftem Feuer westlich von Buel und der jetzt durchgeführten gänzlichen Vertreibung der Russen vom Westufer der Karajowla keine besonderen Ereignisse.

Front des Generals der Kavallerie Erzherzog Carl.

Keine Aenderung der Gesamtlage. Am Predealpaß machten wir 560 Rumänen, dabei 6 Offiziere, zu Gefangenen.

Balkan-Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls von Mackensen. Trotz strömenden Regens, bei aufgeweichtem Boden haben in unermüdlichem, schnellem Nachdrängen die ver-

bündeten Truppen in der Dobrudscha, vereinzelt Widerstand brechend, die Bahnlinie östlich von Rurfatlar weit überschritten.

Constanza ist genau acht Wochen nach der Kriegserklärung Rumäniens von deutschen und bulgarischen Truppen genommen.

Auf dem linken Flügel nähern wir uns Cernavoda. Ein Marineflugzeug landete weit im Rücken des zurücktenden Feindes, zerstörte 2 Flugzeuge am Boden und kehrte unverfehrt zurück.

Mazedonische Front.

Im Cernabogen ist durch Angriff von deutschen und bulgarischen Truppen der Feind in die Verteidigung gedrängt.

Östlich des Wardar scheiterte ein nächtlicher Vorstoß gegen deutsche Stellungen.

Der Erste Generalquartiermeister. Ludendorff.

Die Tätigkeit der Marineflugzeuge.

Amtlich. Berlin, 23. Oktober. (W. Z. B.) 1. Am 22. Oktober morgens erfolgte ein Angriff feindlicher Wasserflugzeuge auf unsere ostfriesischen Inseln. Der Angriff verlief ergebnislos, es ist keinerlei Schaden angerichtet.

2. Am 22. Oktober nachmittags besetzte eines unserer Marineflugzeuge den Bahnhof und die Dockanlagen von Scheerneck in der Themsemündung erfolgreich mit Bomben.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Der österreichische Generalstabsbericht.

Wien, 23. Oktober 1916. (W. Z. B.) Amtlich wird verkündet:

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresfront des Generals der Kavallerie Erzherzog Carl. In den Kämpfen bei Predeal wurden sechs rumänische Offiziere und 655 Mann gefangen. Die Gesamtlage ist unverändert.

Heeresfront des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern. Das westliche Karajowla-Ufer wurde durch Wegnahme des letzten noch von den Russen besetzten kleinen Geländestückes vom Feinde vollständig gesäubert. An den übrigen Frontteilen außer stellenweise lebhaftes Artilleriefener keine Ereignisse.

Italienischer Kriegsschauplatz.

An der südtirolischen Front nahm das italienische Artilleriefener gestern wieder an Heftigkeit zu. In Tirol und Kärnten war die Gefechtsfähigkeit gering.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Bei den Kundtruppen nichts Neues. Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes. v. Goesser, Feldmarschalleutnant.

so deutlich wie möglich in die Erscheinung treten zu lassen, so bleibt es in der Hauptsache die Aufgabe der Kriegsführung, den Gegnern zu zeigen, daß der Frieden nicht durch die militärische Niederwerfung Deutschlands, sondern nur durch eine ehrenvolle Verständigung mit ihm zu gewinnen ist. Kein Mensch kann sagen, daß Deutschland aus kriegerischem Uebermut in der Dobrudscha mitkämpft und daß es dort auf Eroberungen ausgeht. Sinnlos und zwecklos sind die Blutopfer, die durch den Entschluß Rumäniens auch auf diesem neuesten Kriegsschauplatz gebracht werden müssen.

den feindlichen Druck nicht durch einen stärkeren Gegenruck zu beantworten imstande ist. Die Vernichtungsabsichten der Gegner sind aber an Bulgarien ebenso zusehender geworden wie bisher immer noch an Deutschland. So wird man die Einnahme von Constanza im deutschen Volk nicht mit bombastischer Ueberschwenglichkeit begrüßen, wohl aber wird man mit ihr die Hoffnung verbinden, daß sie helfen wird, im Auslande die Einsicht zu schaffen, die zum Frieden führt. Die Auslegung von Scheidemanns jüngster Friedensrede als eines von bitterster Not erzwungenen „Friedensgewinners“ findet durch sie ihre bündigste Widerlegung. In ihr liegt aber auch eine Rechtfertigung der sozialdemokratischen Friedenspolitik, die unerschütterlich die einmal betretene Bahn weiter verfolgen wird, die nach jedem Mißerfolg der gegnerischen Waffen — und dann erst recht — ihren Friedenstrost an die feindlich mißverstehenden Völker des Auslandes wiederholen wird, bis der Schleier der Kriegslüge fällt und auf allen Seiten die Wahrheit erkannt wird, die unserem blutüberströmten, notbedrängten Erdteil den ersehnten Frieden bringt.

Die Bedeutung von Constanza.

Mit der Befestigung der rumänischen Hafenfestung Constanza haben die in der Dobrudscha operierenden Kräfte der Mittelmächte einen wichtigen strategischen und politischen Erfolg davongetragen. Ist doch Constanza der einzige große Seehafen Rumäniens, der durch seine Bahnverbindung mit Bukarest eine enorme wirtschaftliche und militärische Bedeutung gewonnen hatte. Die Linie Constanza-Cernavoda, wo die berühmte 1895 dem Verkehr übergebene Brücke über die Donau sich befindet, wurde denn auch von den vereinigten russisch-rumänischen Kräften hartnäckig verteidigt, weil der Durchbruch dieser Linie nicht bloß über das Schicksal der Dobrudscha, sondern auch über die Verbindung Bukarest mit der See und damit mit Rußland entscheidet. Allerdings bestehen die russisch-rumänischen Verbindungen zu Lande und auf der Donau nach wie vor, allein die bequemere Seeverbindung ist durch die Einnahme von Constanza jetzt unterbunden worden.

Der Verlust von Constanza muß in Rumänien um so schmerzlicher empfunden werden, als der handelspolitische Aufstieg dieses Landes sich in den letzten zwei Jahrzehnten zu einem großen Teil auf die an Constanza geknüpften Erwartungen stützte. Als König Karl von Rumänien am 28. September 1895 die Eisenbahnbrücke von Cernavoda einweihte, sagte er:

„Ich kann stolz darauf sein, daß unter meiner Regierung dieses Werk durch unsere Ingenieure begonnen und vollendet wurde, diese großartige Brücke, die einen beträchtlichen Teil des europäischen Handels auf unsere Schienenwege ziehen wird, wie wir heute die kürzeste Linie zwischen den nördlichen Meeren und den Ländern des Orients besitzen und jetzt einen weiteren Blick auf das Meer werfen können, wo sich die unzähligen Linien des Betriebes der ganzen Welt kreuzen, welche die Reichtümer auf alle Nationen verteilen. Durch den Hafen von Constanza öffnet uns die Donaubrücke diese weite Straße, die in ungeahnter Weise unsere Handelsbeziehungen vervielfältigt und unsere maritime Entwicklung sichern wird. Rumänien, mit dem Schwarzen Meer vereinigt, fürchtet jetzt keinerlei weitere Hemmnisse seiner Entwicklung.“

Die hier ausgesprochenen Erwartungen rechtfertigten sich zwar nicht ganz, da nach der Eröffnung der Orientbahn eine kürzere Verbindung zwischen Mitteleuropa und Konstantinopel hergestellt wurde. Für Rumäniens wirtschaftlichen Aufstieg war jedoch der Ausbau des Hafens von Constanza und seine Verbindung mit dem mitteleuropäischen Eisenbahnnetz von enormer Bedeutung. Erst nach dem Ausbau dieses Hafens fand die rumänische Volkswirtschaft eine billige und bequeme Ausfuhrmöglichkeit für ihre Erzeugnisse, erst dann begann auch die bis dahin ziemlich vernachlässigte Dobrudscha aufzublühen. Durch die Stilllegung der Linie Cernavoda-Constanza ist natürlich auch die Verbindung dieser Kornkammer Rumäniens mit den übrigen Landesteilen unterbunden.

Das Attentat von Wien.

Was trieb den Täter?

Man schreibt uns:

Ueber den Gründen, die Fritz Adler zur Begehung seiner unglückseligen Tat veranlaßten, liegt — wenn man nicht Irrtum als eigentümliches Motiv annehmen will — noch immer geheimnisvolles Dunkel. Denn daß Adler, wie von Verleumdern gemeldet worden ist, sich als Vorkämpfer für die Wiedereinberufung des Parlaments gefühlt, und durch das Verbot einer dieser Bestrebungen dienenden Versammlung aus äußerster gereizt gefühlt hätte — das schien allen, die ihn und seine Gedankenrichtung kennen, von vornherein ganz unwahrscheinlich. Zum Ueberflus erklärt Genosse Staretz, der als Kollege im Wiener Parteisekretariat mit Adler in täglicher Berührung stand, jene Version für falsch.

Ein Berliner Besucher, der sich vor einigen Monaten in Wien mit Fritz Adler über österreichische politische Verhältnisse unterhielt, fand sein Urteil über den regierenden Ministerpräsidenten frei von jeder persönlichen Gefälligkeit. Fritz Adler machte bei dieser Gelegenheit Bemerkungen über das Verhalten des Grafen Stuerzlgg im Hochverratsprozeß, gegen den tschechischen Parteiführer Dr. Kramarz, und diese Angaben ließen eher auf eine gewisse Sympathie als auf jenen persönlichen Haß schließen. Auch Fritz Adler verhielt sich damals nicht der Erkenntnis, daß manches, was in der inneren Politik Oesterreichs zu Kritik Anlaß gibt, geradezu gegen den Willen des Ministerpräsidenten geschehen ist. Doch ihn spätere Ereignisse veranlaßt haben sollen, sein Urteil von damals zu ändern und im Grafen Stuerzlgg den Urheber alles Unheils zu sehen, der aus dem Wege geräumt werden müsse, dafür liegt bis jetzt nicht der geringste Anhaltspunkt vor.

Ein unrichtiger Zusammenhang zwischen den Bestrebungen nach der Wiedereinberufung des Parlaments und dem Attentat liege sich nur in diesem Sinne denken, daß die allgemeine Erregung der politischen Atmosphäre auch auf Adlers zerrüttetes Nervensystem aufsteigend gewirkt hat. Dabei ist er aber, wenn wirklich noch eine Art politischer Ueberlegung auf seine Entschlüsse einwirkte, seinen eigenen Weg gegangen, denn nichts hätte ihm ferner gelegen, als für die Einberufung des Parlaments zum Mörder zu werden und dafür sein eigenes Leben in die Schanze zu schlagen.

Ein Ausnutzungsversuch.

Die „Deutsche Tageszeitung“ ist mit der allgemeinen Haltung der Presse zum Fall Adler sehr unzufrieden. Eine Södel-Mobilung-Stimmung wäre ihr offenbar zweckmäßiger erschienen. Sie schreibt:

„Innerhalb der politischen Linien wird mit starker Einmütigkeit und eindringlichem Nachdruck die Behauptung aufgestellt, daß der Mörder wahnstinnig oder irrstinnig, jedenfalls geistig völlig geistlos sei. Wir sind nicht in der Lage, das festzustellen, glauben außerdem, daß es sich lediglich um einen politischen Mord handelt, begangen durch den Vertreter des Extremes einer politischen Richtung. Graf Stuerzlgg setzte gerade den Wünschen und Bestrebungen der österreichischen Sozialdemokratie einen absoluten und unerschütterlichen Widerstand entgegen, und eben dieser sich in seiner Person verkörpernde Widerstand ist ohne Zweifel der Grund zu dem erfolgreichen Attentate gewesen. Hätte Graf Stuerzlgg in seiner Eigenschaft als leitender Staatsmann eine Politik der Nachgiebigkeit und des Sich-Weherschens anlassens der Sozialdemokratie gegenüber getrieben, so würde er, wie schwerlich zu bezweifeln ist, von deren Vertretern gebilligt und geschützt worden sein und Dr. Adler hätte nicht das innere Motiv empfunden, den Grafen Stuerzlgg auf dem gewählten Wege aus dem politischen Leben hinauszubringen.“

In dieser etwas märchenhaften Stilisierung erscheint Graf Stuerzlgg als Opfer des Kampfes gegen die Sozialdemokratie, den er angeblich mit besonderer Schärfe geführt haben soll, und in nicht mißzuverstehender Weise wird er anderen Staatsmännern als Muster vorgeführt. So wie die „Deutsche Tageszeitung“ sie schildert, ist nun die Wirklichkeit nicht, aber man weiß jetzt wenigstens genau, wie sie aussehen müßte, um der „Deutschen Tageszeitung“ zu gefallen.

Eine Rede Pernerstorfers.

Wien, 23. Oktober. (B. L. B.) Heute nachmittags um 3 Uhr versammelten sich die Vertreter der parlamentarischen Parteien des Abgeordnetenhauses unter Vorsitz des Präsidenten Schöberl im Parlamentärsgebäude. Präsident Schöberl hielt auf den Ministerpräsidenten Grafen Stuerzlgg einen überaus warmen Nachruf, in dem er sagte:

In tiefster Seele erschüttert beklagen wir das Walten des unerbittlichen Geschicks, das den Leiter der Staatsgeschäfte mitten in der Vollkraft seines Schaffens getroffen hat. Vor der Wägerei schweigt jedwede Segnerschaft. Die Geschichte ist berufen, über seine politische Tätigkeit ein Urteil abzugeben. Graf Stuerzlgg ist als stiller Staatsmann, festen Willen zur Erreichung seiner Ziele befehlend, über die politische Bühne geschritten. Wir, die wir seit Jahren in enger Fühlung mit dem Grafen Stuerzlgg gestanden haben, haben stets die höchste Achtung vor ihm gehabt, vor seiner Hingebung für den Staat und dessen Völker, vor dem seltenen Pflichtgefühl und dem ewigen Fleiß, mit dem er die Staatsgeschäfte führte. Im persönlichen Verkehr belundete er ein warmführendes Herz für jeden einzelnen. Die hervorragenden Vorgänge seiner Charakteranlagen werden wir alle Zeit in warmem Andenken behalten. In diesem traurig feierlichen Augenblicke lassen Sie uns aber den mannhaften Entschluß fassen, um so feierlich zu halten am Kaiser und Vaterland und in treuer Arbeit auszuhalten bis zum freudigen Ende.

Die Ansprache Schöberls wurde stehend angehört. Hierauf sprach der Vizepräsident des Abgeordnetenhauses Pernerstorfer (Sozialdemokrat) namens seiner Parteifreunde. Er sagte:

Wir haben den dahingeshiedenen Ministerpräsidenten stets als politischen Gegner der Demokratie betrachtet und seine Politik immer bekämpft, aber es widerspricht den sozialdemokratischen Grundsätzen und Traditionen, den Kampf nach terroristischen Methoden gegen Personen zu führen. Wie wir also die Tat als politischen Akt ablehnen, sprechen wir unser tiefstes und aufrichtigstes Bedauern über das tragische Schicksal des Mannes aus, der, wie immer man über seine Politik urteilen mag, nach seiner Ueberzeugung und in seiner Art dem Staate mit aller Hingebung unermüdet diente. Wir sprechen an dieser Stelle auch seiner Familie und allen, die ihm persönlich nahe gestanden haben, unser innigstes Beileid aus.

Hohenlohe und Koerber.

Kaiser Franz Josef empfing am Sonntag den Minister des Innern Bringen Hohenlohe und den gemeinsamen Finanzminister v. Koerber. Die beiden Herren gelten als die aussichtsreichsten Kandidaten in der Nachfolge des ermordeten Ministerpräsidenten.

Trauer in Wien — Verhör des Täters.

Wien, den 23. Oktober. (T. U.) Ganz Wien steht noch immer unter dem Eindruck der Tragödie. Die öffentlichen Gebäude, Schulen und Häuser der Stadt haben Trauerklagen gehiebt. Die drei Brüder des ermordeten Ministerpräsidenten, von denen der eine, Feldmarschalleutnant Graf Stuerzlgg, lange Zeit der Vertreter des österreichischen Armeoberkommandos im deutschen Hauptquartier war, sind gestern in Wien eingetroffen. Die Umgebung des Hotels Reichl u. Schandl war gestern den ganzen Tag über von Tausenden von Menschen umlagert, ebenso das Ministerpräsidium in der Herrergasse.

Wien, 22. Oktober. Das Leichenbegängnis des Ministerpräsidenten findet am 24. Oktober statt. Die Leiche wird in Wien eingeseigelt und sodann zur Beisehung nach Halbenrain (Steiermark) gebracht. Die Leiche ist im Marmoraal des Ministerpräsidiums aufbewahrt und ihre Bestattung gestiftet.

Kaiser Franz Josef hat, wie Wolff weiter meldet, dem Bruder des Ermordeten, Grafen Heinrich Stuerzlgg, sein Beileid ausgesprochen über den ruchlosen Anschlag, dem sein Ministerpräsident zum Opfer gefallen ist.

Der Täter wurde heute nachmittags einem gerichtlichen Verhör unterzogen, das bis in die späten Abendstunden dauerte. Später wurde er dem Landesgericht eingeliefert, wo er in einer Zelle mit anderen Verhafteten untergebracht wurde, die unter besonderer Bewachung stehen.

Stimmen des Auslandes.

Italien.

Lugano, 23. Oktober. (T. U.) Wie die „Stampa“ meldet, hat die Ermordung des Grafen Stuerzlgg einen sensationellen Eindruck hervorgerufen. In politischen Kreisen Rom und in der Entente-diplomatie wird dem Attentat die allergrößte Tragweite für die Entwicklung der österreichischen Verhältnisse beigemessen. Man erklärt, die inneren Zustände erführen dadurch eine bligartige Entfaltung. Da Adler nicht Proletarier sei, können die Ernährungsfragen nicht der Beweggrund für die Tat gewesen sein. Immerhin auch er erkenne die Entente doch, daß das Attentat, was für Folgen auch im Innern eintreten möchten, eine energische Fortsetzung des Kampfes durch Oesterreich-Ungarn nicht beeinflussen würde.

Niederlande.

Amsterdam, 23. Oktober. (T. U.) Anlässlich des Todes des Grafen Stuerzlgg werfen die hiesigen Blätter die Frage auf, ob die Beweggründe zum Mord politischen Art wären und mit der Kriegspolitik der Doppelmonarchie etwas zu schaffen hätten. Das „Nieuws van den Dag“ schreibt: Wenn dieses Verbrechen in der Tat eine politische Bedeutung hat, dann kann sie nur indirekt mit dem Kriege zusammenhängen. Der deutschfeindliche „Telegraaf“ schreibt: Solange der Mörder schweigt, ist es sehr schwer, hierüber etwas zu sagen; aber selbst wenn hier ein politischer Mord vorliegt, so ist es die Tat eines Wahnsinnigen, womit nichts erreicht wird, wenn nicht die Wünsche der Volksmasse dadurch erfüllt werden und ein Volksaufstand die Folge ist. Auf etwas dergleichen braucht man jedoch nicht zu rechnen. Auf den Gang des Krieges wird der Tod Stuerzlggs ebensowenig einen Einfluß ausüben. Graf Stuerzlgg war ein Mann, der vor allem in den beiden letzten Jahren trotz seines Amtes wenig in den Vordergrund trat und von dessen Einfluß auf den Verlauf der Ereignisse man niemals etwas gemerkt hat.

Die griechischen Wirren.

Planmäßiges Vorgehen der Entente.

Genf, 22. Oktober. (B. L. B.) „Petit Parisien“ meldet, daß bei der Besprechung in Boulogne die französischen und englischen Minister und Generale eingehend die Maßnahmen erörtert haben, die im Interesse der Entente an den Fronten im Orient durch ein Zusammenwirken Rußlands, Frankreichs, Italiens und Englands ergriffen werden sollen.

Man habe sich auch mit der griechischen Frage beschäftigt und Beschlüsse gefaßt, die nach und nach verwirklicht werden sollten, damit König Konstantin inne werde, daß die Alliierten in voller Einigkeit und mit Energie handeln würden.

Die Zurückziehung der griechischen Truppen aus Thessalien.

Amsterdam, 22. Oktober. (B. L. B.) Nach einer Neutermeldung aus Athen überreichte der französische Militärattaché heute nachmittag dem König die Forderungen, die die Ueberführung der gesamten Truppenmacht aus Thessalien nach dem Peloponnes und die Auslieferung des für die Truppen in Thessalien bestimmten Kriegsmaterials an die Alliierten einschließen. Die übrigen Forderungen sind unbekannt.

Genf, 22. Oktober. (B. L. B.) Die „Petit Parisien“ aus Athen meldet, daß Ministerpräsident Lambros einem Journalisten gegenüber erklärt, daß die Truppen aus Thessalien zurückgezogen und die zuletzt aufgerufenen Jahressklassen entlassen werden würden.

London, 23. Oktober. (B. L. B.) Das Reutersche Bureau meldet aus Athen von sehr verlässlicher Seite, daß der König zugestimmt habe, alle Maßregeln zu ergreifen, die zur Sicherung der Basis des Generals Sarrail notwendig seien, daß er aber die Zurückziehung der thessalischen Truppen nach dem Peloponnes nicht als dazu notwendige Maßregel ansehe. Der französische Militärattaché habe darauf seine Note zurückgezogen, um die maßgebenden Stellen von den Einwänden des Königs in Kenntnis zu setzen.

Ein Ultimatum der provisorischen Regierung an Bulgarien?

Bern, 22. Oktober. (B. L. B.) „Secolo“ meldet aus Saloniki, am 22. werde die provisorische Regierung Bulgariens ein Ultimatum mit der Aufforderung übersenden, Ostmazedonien sofort zu räumen.

Die Konsuln der Entente hätten den Empfang des ihnen von Politis zugesandten Schreibens, worin er seine Ernennung zum Minister des Aeußern der provisorischen Regierung mitteilte, nicht schriftlich bestätigt, hätten aber Politis persönlich ausgesucht und damit de facto die bestehende Regierung anerkannt.

Saloniki, 22. Oktober. (B. L. B.) Meldung des Reuterschen Bureaus. Die provisorische Regierung hat die Mobilmachung der Jahrgänge 1913 und 1914 in Neu-Mazedonien, auf Kreta und auf den Inseln des Archipels beschlossen. Ferner werden die Rekruten des Jahrganges 1913 ausgeworfen werden. Die nationale Bewegung breitet sich trotz des Terrorismus der Reservisten und Gendarmerie langsam nach Thessalien aus. Die Anhänger von Venizelos haben in dieser Provinz zweifellos die Mehrheit.

Der bulgarische Kriegsbericht.

Sofia, 22. Oktober. (B. L. B.) Amtlicher Heeresbericht.

Mazedonische Front: Keine Aenderung der Lage. Zwischen dem Prespasee und der Cerna schwaches Artilleriefeuer. Im Cernabogen entwickelt sich der von uns unternommene Gegenangriff erfolgreich. Wir schlagen einen schwachen Angriff gegen das Dorf Tarnowa ab. Im Roglencatal und auf beiden Seiten des Bardar schwaches Artilleriefeuer. Am Fuß der Belasica-Planina und an der Strumafont stellenweise schwaches Geschützfeuer und Gefechte zwischen Aufklärungsabteilungen. An der ägäischen Küste beschloß der Feind die Höhen bei Orfano und Lestera.

Rumänische Front: An der Donaufront bei Kladowo und Silistria Beschließung von beiden Seiten. In der Dobrudscha brachen wir endgültig den Widerstand des Feindes auf seiner Hauptstellung. Die stark besetzten Punkte Cobabim und Topraisar sind in unserem Besitz. Der Feind erlitt bei der Niederlage schwere Verluste und befindet sich in vollem Rückzuge. Unsere Truppen verfolgen ihn und unser rechter Flügel besetzte das Dorf Tefirjol und gelangte bis etwa 10 Kilometer von Constanza. Die bisher bekannte Beute beträgt 8 Kanonen, 20 Maschinengewehre und viel anderes Kriegsmaterial. Wir machten noch 200 weitere Gefangene. An der Küste des Schwarzen Meeres Ruhe.

Die Meldung des türkischen Hauptquartiers.

Konstantinopel, 23. Oktober. (B. L. B.) Amtlicher Bericht vom 22. Oktober.

Kaukasusfront: Auf dem rechten Flügel für uns günstig verlaufene Scharmützel. Erkundungspatrouillen, die sich auf dem linken Flügel zu nähern versuchten, wurden unter Verlusten für sie zurückgewiesen.

Von den anderen Fronten ist nichts von Bedeutung zu melden.

In der Dobrudscha sehen unsere Truppen und die der Verbündeten die Verfolgung des Feindes nach Norden fort. Der stellvertretende Oberbefehlshaber.

Die feindlichen Heeresberichte.

Der französische Tagesbericht.

Rom 22. Oktober nachmittags. (B. L. B.) Nördlich von der Somme war die Nacht ruhig, abgesehen von einigen Patrouillen-Scharmützel, die uns ermöglichten, Gefangene zu machen. Keine Infanterietätigkeit. Südlich der Somme haben die Deutschen ihre Versuche in der Gegend von Viaches und des Bois Blais nicht wiederholt. Man bestätigt, daß ihre Verluste im Verlaufe des gestrigen Gegenangriffes in diesem Abschnitt beträchtlich waren, namentlich vor dem Dorfe Viaches, wo sie mit starken Einheiten angriffen. In der Gegend von Chaulnes griffen die Deutschen bei Tagesanbruch die neuen französischen Stellungen fest an und bemächtigten sich, unsere Einheiten von den gestern genommenen Punkten zurückzuwerfen. Diese Versuche blieben ergebnislos und kosteten sie hohe Verluste. Die Gewinne der Franzosen wurden vollständig behauptet. Geschützfeuer mit Unterbrechungen auf der übrigen Front.

Flugdienst: An der Somme front schossen die französischen Flieger gestern drei deutsche Flugzeuge ab und zwangen fünf andere, mit Beschädigungen niederzugehen. Feldwebel Dorne schloß sein 15. Flugzeug bei Vorlauf ab. Sergeant Plachaine sein 5. in der nämlichen Gegend. Nördlich von Verban stürzte ein von einem französischen Flieger angegriffener deutscher Fesselballon in Flammen ab. In der Nacht vom 21. auf den 22. besetzten sechs französische Flugzeuge den Bahnhof von Courcelles-sur-Ried (Stlich von Reu) mit Bomben. 180 12-Zentimeter-Granaten wurden auf die Gebäude und Gleise abgeworfen und schienen bedeutenden Schaden verursacht zu haben. In derselben Nacht warfen französische Geschwader 50 Granaten auf die Bahnhöfe von St. Quentin und Tergnier, 16 auf Lager in Tefins (S), 120 großkalibrige Granaten auf die Bahnhöfe von Dem und Athis und auf die Flugzeugschuppen in der Gegend von Veronne. Während des gestrigen Tages schossen unsere Spezialgeschütze ein deutsches Flugzeug über den französischen Linien ab.

Orientarmee: Das schlechte Wetter behinderte die Operationen auf dem größten Teile der Front. Die Alliierten erzielten trotzdem einige Fortschritte auf dem rechten Bardarusfer. Die Serben machten in der Cernagegend etwa 80 Gefangene.

Rom 22. Oktober abends. (B. L. B.) Südlich der Somme richteten die Deutschen nach bestiger Beschließung gegen 1 Uhr einen neuen Angriff auf den Südteil des Gehölzes von Chaulnes, den wir besetzt halten. Der Feind, der überall mit ersten Verlusten zurückgewiesen wurde, hat in unseren Händen eine noch nicht bekannte Anzahl Gefangener gelassen. Nach neuen Feststellungen war der heute morgen in derselben Gegend angeführte Angriff sehr mörderisch für die Deutschen. Die Teile des Feindes, denen es gelang war, in unseren ersten Linien Fuß zu fassen, wurden vollständig umzingelt, 150 überlebende Deutsche wurden zu Gefangenen gemacht. Auf der ganzen übrigen Front Beschließung mit Unterbrechungen.

Belgischer Bericht. Es ist nichts zu melden außer der üblichen Tätigkeit der Artillerie.

Die englische Meldung.

Vom 21. Oktober abends. (W. L. W.) Am frühen Morgen unternahm der Feind einen entschlossenen Angriff auf die Schwabenschanze. Er wurde abermals zurückgewiesen mit Ausnahme von zwei Punkten, wo er in die Laufgräben einbrang, aber sofort wieder darau...

Vom 22. Oktober vormittags. (W. L. W.) Unser Angriff hatte gestern großen Erfolg und alle Ziele wurden erreicht. Es wurden über 800 deutsche Gefangene gemacht, weitere treffen ein. Man hält unsere Verluste für leicht. Während der Nacht machte der Feind keinen Versuch, das genommene Gelände wieder zu gewinnen.

Vom 22. Oktober abends. (W. L. W.) Die Gesamtzahl der bei den gestrigen Operationen zwischen der Schwabenschanze und Le Sars gemachten Gefangenen ist auf 1018, darunter 19 Offiziere, gestiegen. Der Feind lag heute in aller Frühe südlich von Sporn zwei Minen springen und besetzte den Rand des Trichters, wo er unauffällig beschossen wurde.

Bericht aus Saloniki vom 22. Oktober. (W. L. W.) Wegen des schlechten Wetters beschränkte sich die Tätigkeit auf Patrouillengefächte mit dem Feinde.

Der russische Kriegsbericht.

Vom 22. Oktober. (W. L. W.) Die Front. An der Karajowka wird in der Gegend der Dörfer Wiselnik und Skomonoch erbittert um den Besitz der Höhen und Wälder auf dem Westufer des Flusses gekämpft. Die Stellungen gehen von einer Hand in die andere über. Der Feind unternimmt verzweifelte Angriffe, die wir durch unser Feuer abschlagen.

Raufaufsicht. Es ist nichts von Bedeutung zu melden. Rumänische Front. Nord- und Nordwestfront. Die Rumänen umzingelten bei dem Weiler Bucas, 40 Werst westlich von Biatra eine feindliche Abteilung, die eine kleine Höhe besetzt hielt, machten 500 Gefangene und erbeuteten 2 Kanonen und 5 Maschinengewehre. Im Tale des Trotus dauern die erfolgreichen Kämpfe an. Die Rumänen machten dort 100 Mann, darunter einen Offizier, zu Gefangenen und erbeuteten 2 Maschinengewehre. Im Ugatale wiesen die Rumänen den Gegner unter schweren Verlusten für ihn ab. Im Bugzestale mussten sich die rumänischen Truppen vor dem Vorstoß gegnerischer Streikräfte in Richtung auf Gura-Litel-Siruliu zurückziehen. Im Engpaß von Bran bei Dragoslavie, 40 Werst südwestlich von Kronstadt (Braşov) schlugen die Rumänen die Angriffe des Feindes unter schweren Verlusten für ihn zurück.

Front in der Drobudsch. Unter dem Druck des Gegners zogen sich die rumänischen Truppen und die unseren ein wenig zurück.

Meldung der italienischen Heeresleitung.

Vom 22. Oktober. (W. L. W.) Regen und reichlicher Schneeeinbruch beschränkten gestern die Operationen auf Artillerietätigkeit und kleine Patrouillenunternehmungen. Unsere Truppen widmeten sich mit gewohnter Schnelligkeit den Befestigungsarbeiten. Cadorna.

Der rumänische Bericht.

Vom 22. Oktober. (W. L. W.) Nord- und Nordwestfront. Bei Sulgheş und Bicaz ist die Lage unverändert. Im Trotustale haben wir den Feind angegriffen und zurückgeworfen. Bei Coiceasa im Ugataltal heftige Beschließung seitens der schweren Artillerie des Feindes. Im Driustal und im Sclanital haben wir den Feind angegriffen und zurückgeworfen; alle Gegenangriffe des Feindes wurden mit dem Bajonett abgewiesen. Im Bugzestale, bei Zabi, Dromcea und Vrebelus ist die Lage unverändert. Es herrscht vollständige Ruhe auf der ganzen Front. Bei Bredeal Beschließung durch schwere Artillerie. In der Gegend von Dragoslavie haben wir zwei Angriffe des Feindes abgewiesen. Eine Unternehmung gegen Truppen, welche Seara passiert haben, ist im Gange. Im Hiu- und Alt-Tale und bei Orsova ist die Lage unverändert. Das stürmische Wetter hindert die Artillerie.

Südfront: Längs der ganzen Donau nichts Neues. In der Dobrudsch haben die heftigen Angriffe des Feindes uns gezwungen zurückzugehen.

Der Flugzeugangriff auf Sheerneeß.

London, 22. Oktober. (W. L. W.) Amtlich wird gemeldet: Ein feindliches Flugzeug näherte sich Sheerneeß heute nachmittags um 1 Uhr 45 Minuten. Es flog sehr hoch und warf vier Bomben ab. Drei fielen in den Hafen, die vierte in die Nähe des Bahnhofs, wo sie mehrere Eisenbahnwagen beschädigte. Britische Flugzeuge stiegen auf. Der Angreifer flog in nordöstlicher Richtung davon. Menschenverluste wurden nicht gemeldet.

Vom U-Boot-Krieg.

Amsterdam, 22. Oktober. (W. L. W.) Nach Lloyd-Depeschen ist der norwegische Dampfer „Fulvio“ versenkt worden. Die Mannschaft sei gerettet. Die englischen Boote „Brit“ und „Princeß Ray“ sind versenkt, die Besatzungen gerettet worden. London, 22. Oktober. (W. L. W.) Loyds melden aus Stockholm: Der schwedische Schooner „Götha Lejon“ ist in der Kalandsee gesunken; die Besatzung ist umgekommen. Loyds melden ferner: Die norwegischen Segelschiffe „Cottica“ (920 Tonnen) und „Guldaas“ (635 Tonnen) sind wahrscheinlich versenkt worden; der norwegische Dampfer „Dido“ (832 Tonnen) ist versenkt worden; der Dampfer „Fart 8“ (280 Tonnen) aus Kristiania und das Segelschiff „God of the Ball“ (111 Tonnen) sind versenkt, ihre Besatzungen gerettet worden; der Dampfer „The Duke“ (376 Tonnen) ist versenkt worden.

Die Versorgung mit Bunkerkohle.

Kopenhagen, 22. Oktober. (W. L. W.) „Rationalitiden“ meldet: In letzter Zeit mußte eine Anzahl dänischer Dampfer von Kopenhagen nach Walmö und anderen schwedischen Häfen fahren, um Bunkerkohlen zu erhalten. Ebenso konnten schwedische Dampfer nach Beladung ihrer Ladung in Kopenhagen keine Bunkerkohle erhalten, sondern wurden nach Schweden verweisen. Es ist verständlich, daß diese Zustände in Schweden Gestalten hervorriefen. „Rationalitiden“ kann über die Ursachen dieser Zustände mitteilen, daß man in Kopenhagen nur englische Bunkerkohlen hat, die jedoch nur an Schiffe abgegeben werden dürfen, die eine Genehmigung des dänischen Justizministeriums und der englischen Gesundheitsbehörde vorzeigen. In Schweden sind indessen bedeutende Mengen deutscher Kohlen vorhanden, die an keine besonderen Bestimmungen gebunden sind. Mit diesen Kohlen haben sich verschiedene dänische Dampfer versehen.

Zu den deutsch-norwegischen Verhandlungen.

Kristiania, 22. Oktober. (W. L. W.) Auch heute, nach Bekanntwerden der Äußerungen des Unterstaatssekretärs Zimmermann dem Berliner Mitarbeiter von „Aftenposten“ gegenüber, enthalten sich sämtliche hiesigen Blätter jeden Kommentars zu der deutschen Protestnote, was die hiesige Auffassung über den Ernst der Lage kennzeichnet. Nur „Aftenposten“ selbst schreibt: die Äußerungen des deutschen Unterstaatssekretärs zu dem Mitarbeiter von „Aftenposten“ seien geeignet Aufmerksamkeit und Nachdenken zu erwecken, aber sie dürften nicht die Befürchtung hervorrufen, als ob ein Unglück vor der Tür stünde. Bei den Verhandlungen, die nunmehr zwischen der deutschen und norwegischen Regierung geführt werden, werde jedes Mißverständnis aufgeklärt werden. „Aftenposten“ fordert seine Kollegen von der Presse auf, sich jedes übereilten oder hitzigen Ausfalls nach irgend welcher Seite zu enthalten. Es würde keine gute Tat sein, die Verhandlungen durch unbedachte Meinungsäußerungen zu erschweren.

zu der deutschen Protestnote, was die hiesige Auffassung über den Ernst der Lage kennzeichnet. Nur „Aftenposten“ selbst schreibt: die Äußerungen des deutschen Unterstaatssekretärs zu dem Mitarbeiter von „Aftenposten“ seien geeignet Aufmerksamkeit und Nachdenken zu erwecken, aber sie dürften nicht die Befürchtung hervorrufen, als ob ein Unglück vor der Tür stünde. Bei den Verhandlungen, die nunmehr zwischen der deutschen und norwegischen Regierung geführt werden, werde jedes Mißverständnis aufgeklärt werden. „Aftenposten“ fordert seine Kollegen von der Presse auf, sich jedes übereilten oder hitzigen Ausfalls nach irgend welcher Seite zu enthalten. Es würde keine gute Tat sein, die Verhandlungen durch unbedachte Meinungsäußerungen zu erschweren.

Amerika und die U-Boot-Frage.

New York, 18. Oktober. (Zuspruch des Vertreters von W. L. W., verspätet eingetroffen.) Zu der Angabe von Viscount Grey, daß die britische Regierung bei den Vereinigten Staaten wegen des deutschen Unterseebootes U 53 keine amtlichen Vorstellungen erheben werde, so lange eine Mitteilung über die Haltung der amerikanischen Regierung noch ausbleibt, berichtet die „Associated Press“ aus Washington, man erfahre von zuständiger Stelle, die Vereinigten Staaten sähen keine Veranlassung, eine öffentliche Erklärung über die Unternehmung von U 53 oder über die Unterseebootfrage im allgemeinen abzugeben.

Bern, 22. Oktober. (W. L. W.) Einem Kabeltelegramm des „Petit Parisien“ zufolge soll die Washingtoner Regierung sich mit dem Gedanken tragen, wegen des U-Bootkrieges in der Nähe amerikanischer Gewässer eine gleichlautende Note an die Mittelmächte und an die Entente zu richten. In der Note soll gesagt werden, daß solche Kriegshandlungen von den Vereinigten Staaten als unfreundliche (unfriendly) Akte angesehen würden, selbst wenn sie keine offene Verletzung des internationalen Rechtes bildeten. Es besteht ein Präzedenzfall, nämlich die an Frankreich gerichtete Note wegen der französischen Schiffe, die 1870 die amerikanische Küste überquerten.

New York, 18. Oktober. (Zuspruch des Vertreters von W. L. W., verspätet eingetroffen.) Mit Bezug auf die Frage, ob ein deutsches Unterseeboot in einem amerikanischen Hafen durch Zeitungen unrechtmäßigerweise von Schiffsbewegungen Kenntnis erhalten habe, weist der Washingtoner Mitarbeiter der „New York Times“ darauf hin, daß im August 1916 der französische Kreuzer „Admiral Dube“ Venzacola angefahren und der Kapitän, wie er sagte, wichtige Papiere vom französischen Konsul in Empfang genommen und an Bord gebracht hat, ohne daß aus diesem Vorfall irgendeine diplomatische Frage gemacht worden wäre.

Eine Kundgebung der französischen Radikal-Sozialisten.

Paris, 23. Oktober. (W. L. W.) Meldung der Agence Havas. Die Generalversammlung der radikal-sozialistischen Partei, die seit Kriegsbeginn in erster Reihe zusammengetreten ist, hat am Ende ihrer Tagung folgende Tagesordnung angenommen: Wir grüßen die Armee der Nation und der Verbündeten und geben unserem Entschlusse Ausdruck, unsere Anstrengungen fortzusetzen in dem heiligen Bündnis bis zum vollständigen Triumph der Alliierten. Wir weisen jeden Frieden zurück, der nicht die Umkehr ihrer Rechte und der kleinen vergewaltigten Nationen wieder herstellt, der nicht Frankreich die ihm entzogenen Gebiete zurückgibt und nicht den Ländern die zu ihrer Sicherheit unerlässlichen Garantien gibt. Wir erklären, daß wir entschlossen sind, für die Zukunft ein System internationaler Garantien zu fordern, welche endgültig die Zivilisation vor aggressiven Mächten schützen und der Welt einen auf dem Siege von Freiheit und Recht begründeten Frieden sichern.

Um Mißverständnissen vorzubeugen, sei daran erinnert, daß die französischen Radikal-Sozialisten eine rein bürgerliche Partei sind und nichts mit der sozialistischen Partei Frankreichs zu tun haben.

Bern, 23. Oktober. (W. L. W.) „Matin“ zufolge war die gestrige Versammlung der radikalen Partei sehr stark besucht. Von Mitgliedern der Regierung waren als Parteimitglieder anwesend die Minister Combes, Rabby, Doumergue sowie Unterstaatssekretär Dalimier.

Aus dem englischen Unterhaus.

London, 19. Oktober. (W. L. W.) Unterhaus. Russell sagte auf eine Frage, die Kartoffelernte in Irland gebe Anlaß zu Besorgnissen, könne aber noch nicht als Mißernte bezeichnet werden. Nach den Berichten von Mitte Oktober sei der Ernteertrag armfelig und enttäuschend. Bevor die Ernte beendet sei, lasse die Lage sich nicht feststellen. Das Ministerium sei sich der großen Bedeutung der Frage bewußt. Die Lage werde genau verfolgt, und es sei für Verhinderung aus allen Bezirken Irlands gesorgt. Donelan sprach den Wunsch aus, daß die Kartoffelernte aus Irland aufgehoben werde, bis man die Kartoffelernte übersehen könne. Russell erwiderte, das Ministerium erkenne den großen Ernst der Lage völlig an, könne aber die Ausfuhr nicht verbieten, bis vollständige Informationen vorlägen.

Donar Law sagte auf eine Frage, die Lage in Rumänien ist seit einiger Zeit Gegenstand sorgfältiger Überlegung zwischen uns und unseren Verbündeten gewesen, und alles ist geschehen, was geschehen konnte.

Sir Edward Carson fragte: Wann dürfen wir Informationen und Erklärungen der Regierung über Rumänien erwarten angesichts der allgemeinen herrschenden Besorgnis? Donar Law antwortete, es sei nicht wünschenswert, eine Erklärung über das, was militärisch geschehen sei, abzugeben, aber die Regierung werde sie sobald wie möglich geben. Hunt fragte: Kann der Minister uns die Versicherung geben, daß wir nicht wieder zu spät kommen werden, wie gewöhnlich? Donar Law gab keine Antwort.

London, 19. Oktober. (W. L. W.) Unterhaus. In der Debatte über die fünfte konsolidierte Funds Bill kritisierte Sir E. Denby die übermäßige Ausgabe von Schatzwechseln, die jetzt etwa 1100 Millionen Pfund Sterling betragen, deren Nachteil liege in dem übertrieben hohen Zinssfuß. Dieser schädige zwar nicht den Kredit, aber das finanzielle Prestige Englands. Außerdem habe er den Preis reiflicher Wertpapiere herabgedrückt. Sehr viele dieser Schatzwechsel gingen nach den Vereinigten Staaten, wo ein gewisser Teil der Bankiers deutschfreundlich sei. England habe jetzt an 1500 Millionen kurzfristige Wertpapiere. Es sei ein jäherlicher Gedanke, daß nach am Ende des Krieges ein so hoher Betrag vorhanden sein könnte. McKenna antwortete, er lege Wert darauf, daß diese Schatzwechsel nach Amerika gingen. England habe jeden Wochentag etwa 2 Millionen Pfund an Amerika zu zahlen. Dazu müßte er freie Hand haben, und man solle ihm nicht fortwährend die Höhe des Zinssfußes vorwerfen. Wenn man das Geld nicht in Amerika ausbringen könnte, so könnte England nicht seinen notwendigen Bedarf an Weizen, Kupfer usw. für sich und die Verbündeten decken. Man müsse beständig daran denken, daß es nicht darauf ankomme, das nötige Geld in England auszubringen, sondern in den Vereinigten Staaten. Die Regierung habe stets die Absicht gehabt, vom Parlament im geeigneten Augenblick eine langfristige Anleihe zu verlangen, aber das Schatzamt müsse in der Lage sein, den rechten Zeitpunkt zu wählen, und es läge nicht im Interesse der

Steuergelder, daß, wenn das Schatzamt wider seine bessere Einsicht genötigt würde, eine Anleihe von 15, 20 oder 25 Jahren auszugeben. McKenna sagte weiter, die Ausgaben Englands seien leider durch Munitionserzeugung und durch Vorschüsse an die Verbündeten vermehrt worden.

McKenna betonte, daß McKenna die Hauptkritik unbeantwortet gelassen habe, daß nämlich der Zinssfuß von 6 Proz. andere Wertpapiere herabdrücke. Dieser Verlust gehe bereits in die Millionen; er sei ein absoluter Verlust und eine große Schädigung des Handels. Ebenso werde der britische Kredit schwer geschädigt, da alle Welt wisse, daß England zu 6 Proz. borgen müsse. Er wüßte zu wissen, welche Finanzautoritäten McKennas Entschlüsse gebilligt hätten. Samuel sagte, die Bank von England verfolge dem Zweck der Schatzwechsel den Geldmarkt zu kontrollieren. Die Regierung müsse eine große langfristige Anleihe aufnehmen.

Ein holländischer Aufruf gegen die Verletzung des englischen Asylrechts.

Das Komitee für russische Gefangene und Verbannete in Holland veröffentlicht einen Aufruf, der von hervorragenden Vertretern der holländischen Intelligenz, wie den Dichtern van Eeden, de Haan, den Gelehrten de Sitter und Joh. Wischer, den Sozialdemokraten Wibaut und Frau Roland-Holst, gezeichnet ist. Wir entnehmen dem interessanten Dokument nachstehende Sätze:

Die niederländische Presse hat in der letzten Zeit über die drohende Verletzung des Asylrechts durch die englische Regierung Mitteilungen gebracht. Die russischen Flüchtlinge, die in Großbritannien gegen politische und religiöse Verfolgungen in ihrem eigenen Lande Zuflucht suchten, werden aufgerufen, in der englischen Armee Dienst zu nehmen. Diejenigen unter ihnen, die bis zum 30. September dieser Aufforderung nicht Folge leisten, sollen wahrscheinlich nach Rußland zurückgeschickt werden.

Die Maßregeln der englischen Regierung richten sich in erster Reihe gegen die in England wohnenden Zehntausende von russischen Juden. Furcht vor Leib und Leben, vor Veränderung und Mißhandlung, zwang sie, ihr Geburtsland zu verlassen. Furcht vor menschenverachtenden Pogroms, vor grausamen Ausschreitungen von raubhütiger Wanden, die durch dunkle Agenten der Reaktion gegen die wehrlose jüdische Bevölkerung aufgeführt werden. Die russischen Juden sind Opfer abscheulicher Verfolgungen, die mit dem sozialen und politischen Kampf zwischen den untergeordneten und aufsteigenden Klassen im russischen Reich auf engste zusammenhängen und die von einer kleinen Klasse von Nachhabern, den Hoffreien, hohen Würdenträgern usw. hervorgerufen werden, die vor keinem Mittel zurückschrecken, um ein gänzlich morsches Regierungssystem zu erhalten. Darum müssen die russischen Juden als politische Emigranten betrachtet werden, denen gegenüber England verpflichtet ist, das Asylrecht in vollem Umfange zu handhaben. — Der Aufruf betreibt ferner auf die sonstigen politischen Emigranten aus Rußland in England, die bei ihrer Rückkehr ins Vaterland von harten Freiheitsstrafen oder Verbannung nach Sibirien bedroht sind:

Unter ihnen befinden sich viele Männer, die für Rechte gestritten haben, die in Westeuropa die Grundlagen des bürgerlichen Zusammenlebens bilden: Recht der Organisation und Versammlung, Freiheit des Wortes und der Presse usw. Der Gedanke, daß diese Männer, falls sie sich weigern, in die englische Armee einzutreten, mit Gewalt nach Rußland zurückgebracht und ihren Feinden ausgeliefert werden sollen, ist ungeheuerlich für das demokratische Bewußtsein von Neutralen, die an unbefangenerem Urteil bewahrt haben, als es in kriegsführenden Staaten möglich scheint. ... Wir wollen einen Versuch machen, um dem drohenden Konflikt zwischen der englischen Regierung und den Flüchtlingen vorzugewöhnen, von diesen Männern das schreckliche Los abzuwenden, das sie erwartet, falls sie wirklich den russischen Behörden ausgeliefert werden, und das englische Volk vor einem politischen Treubruch, dem Verrat an einer seiner besten und edelsten Traditionen zu bewahren. Unser Komitee hat die Absicht, an die englische Regierung das Ersuchen zu richten, von den beabsichtigten Zwangsmaßregeln abzusehen. — Der Aufruf schließt mit der Aufforderung an die demokratisch gesinnten Kreise der holländischen Bevölkerung, ihre Zustimmung zu dieser Aktion dem Komitee bekanntzugeben.

Kleine Kriegsnachrichten.

Paris, 22. Oktober. (W. L. W.) Havas-Meldung. Französische Delegierte werden an der englisch-schwedischen Wirtschaftskonferenz teilnehmen, die in kurzem in London zusammenzutreten wird, um den wirtschaftlichen Güteraustausch mit Schweden zu regeln.

Amsterdam, 23. Oktober. (W. L. W.) Nach einem hiesigen Blatt erklärt die „Times“ aus Sidney, daß der Kampf um die Einführung der Dienstpflicht jeden Tag heftiger werde. Man glaube, daß es gelingen werde, die Dienstpflicht durchzusetzen.

Stiffingen, 22. Oktober. (W. L. W.) Mit dem Postdampfer aus England sind 53 Frauen und Kinder von Sibiriern, die früher durchgekommen sind, hier eingetroffen.

Immer neue Listen.

Berlin, 22. Oktober. (W. L. W.) Die englische Regierung veröffentlicht nicht nur „Schwarze“ und „graue“ Listen, sondern auch „weiße“ Listen. Diese enthalten die Namen derjenigen Personen und Firmen, an welche von englischer Seite Waren konsigniert werden dürfen. In Anlehnung an die britischen Listen hat auch Australien weiße Listen für China, Siam und Afrika herausgegeben. Ergänzt werden aber die schwarzen Listen Englands nicht nur durch die grauen und weißen Listen, sondern vor allem durch eine sogenannte „Weiße Liste“, wie sie jetzt für den Handel in Europa eingeführt wird. Augenscheinlich ist diese Geheimliste auf die Schwierigkeiten zurückzuführen, welche sich für England aus dem Proteste der neutralen Länder wegen der schwarzen Listen ergeben. Die Namen von Firmen oder Personen, welche auf diese Geheimliste kommen, werden nicht veröffentlicht, sind aber den englischen Kontrollstationen zur Beobachtung des Schiffsverkehrs und Exportrechts bekannt, damit Waren von solchen Firmen nicht weiter befördert werden. Wenn England Waren von Firmen, die in der Geheimliste verzeichnet sind, an den Empfänger nicht durchlassen will, so müssen diese in englischen Häfen gelöscht werden und können, wenn der Abender auf die Jurisdiktion verzichtet, von englischen Handelskäufern erworben werden. Verzichtet der Abender nicht oder ist die Einfuhr jener Waren in England unzulässig, so dürfen jedenfalls diese Waren nicht nach neutralen Ländern versandt werden. Durch eine solche Geheimliste erhält England die Möglichkeit, den Protesten der Neutralen dem Schein nach entgegenzukommen, während an der Sache selbst nichts geändert wird.

Die Unruhen in Niederländisch-Indien.

Amsterdam, 23. Oktober. (W. L. W.) „Telegraaf“ meldet aus Buitenzorg, daß die Kolonne, die im Gebiet von Merloengo operiert, drei kuffändische gefort hat. 55 Führer aus dem Loengalgebiet wurden gefangen nach Djambi gebracht. Amtlich wird mitgeteilt, daß der Widerstand in der Stredde Ramas außer im Stromgebiet des Rimoen und Batang Hari vollständig gedrochen ist. Alle Führer wurden verhaftet.

Letzte Nachrichten.

Zur Tragödie in Wien.

Wien, 23. Oktober. (W. L. W.) Heute abend hat im Sicherheitsbureau Landesgerichtsrat Dr. Jakob den Mörder des Ministerpräsidenten Grafen Stürgkh, Dr. Friedrich Adler, zum zweitenmal vernommen. Vorauswärtlich wird Dr. Adler morgen beim Landesgericht eingeliefert werden.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Weitere Teuerungszulage für die Eisenkonstruktionsarbeiter.

Den Arbeitern und Arbeiterinnen in den Eisenkonstruktionsbetrieben waren seinerzeit, unter Ablehnung einer höheren Forderung, Teuerungszulagen von 8 Pf. pro Stunde für Familienvorstände und von 5 Pf. für Ledige, gleichgültig, ob Arbeiter oder Arbeiterinnen, gewährt worden. Infolge von Beschlüssen einer Branchenversammlung und von Betriebsversammlungen ist nun für die Forderung eines weiteren Teuerungszuschlages von 12 Pf. für Familienvorstände und von 10 Pf. für Ledige erhoben worden, so daß mit den früheren Bewilligungen 20 Pf. und für Ledige 15 Pf. herauskommen sollten.

Am 18. Oktober fand nun mit den Vertretern eine Verhandlung statt, an der Vertreter des Berliner Metallindustriellenverbandes, der beteiligten Firmen, des Metallarbeiterverbandes und der Arbeiter der fraglichen Betriebe teilnahmen.

Ueber das Ergebnis dieser Verhandlung berichtete Siering am Sonntag in einer Branchenversammlung, indem er den Gang der Verhandlungen eingehend schilderte. Daß die Forderung unabweisbar sei, wurde von den Arbeitgebern nicht behauptet. Dagegen beriefen sie sich auf die besonderen Verhältnisse der Branche, die sich angeblich nicht mit denen in Munitionsbetrieben vergleichen ließen. Der Hinweis der Vertreter der Arbeiter darauf, daß doch gewisse Betriebe der Branche eine ganz nennenswerte Dividende verteilten, wurde damit zurückgewiesen, daß ein Ausnahmefall, um den es sich bei einem bestimmten Betriebe handele, bei einer generellen Regelung nicht ausfallend sein könne. — Nach diesem hin und her erklärten sich die Unternehmerbereiter höchstens bereit, die bisherige Teuerungszulage um denselben Betrag zu erhöhen. Den Jugendlichen unter 18 Jahren wollten sie jedoch die neue Erhöhung nicht zugestehen. Sie wollten die Erfahrung gemacht haben, daß die Jugendlichen, um dem Spargewange zu entgehen, meist nur fünf Tage arbeiteten. — Alle Vorschläge zugunsten der Jugendlichen mußten wenig. Es wurde jedoch von Arbeitgebern die Erklärung abgegeben, daß es nicht ausgeschlossen sei, daß den Jugendlichen, die in den Betrieben selber darum vorstellig werden, die Erhöhung auch bewilligt werde.

Schließlich kam folgende Vereinbarung als Vorschlag für die Teuerungszulage in Eisenkonstruktionsbetrieben zustande:

Mit der nach der Einigung beginnenden Lohnwoche erhält jeder in der Werkstatt beschäftigte oder aus der Werkstatt auf Montage geschickte Arbeitnehmer außer der bereits gezahlten Teuerungszulage einen weiteren Teuerungszuschlag, welcher beträgt: 1. für Haushaltungsvorstände 8 Pf. pro Stunde, für die übrigen Arbeiter und Arbeiterinnen 5 Pf. pro Stunde. Bei den Personen unter 18 Jahren bleibt die Bewilligung der Zulage den Firmen überlassen.

Festgestellt wurde, daß die Firma Thysen auch unter die Vereinbarung falle und daß die Regelung für die Firma Kammrich in der Weise zu gelten habe, daß dort jetzt den Zuschlag zur Teuerungszulage erhalte, wer die frühere Teuerungszulage erhalten habe.

In der sehr lebhaften Diskussion kam zum Ausdruck, daß die Zugeländnisse eigentlich niemanden befriedigten.

Einige Jugendliche sprachen ihren Unwillen darüber aus, daß die Erhöhung der Teuerungszulage ihnen nicht ohne weiteres zufalle. Einer betonte, daß es unter den Jugendlichen viele gebe, die weder Vater noch Mutter hätten, und solche, die der Mutter hilflos zur Seite stehen müßten.

Schließlich erklärte sich die Versammlung gegen wenige Stimmen mit den Vorklären in folgender Form einverstanden:

Die Branchenversammlung nimmt die von den Unternehmern angelegte weitere Teuerungszulage von 8 Pf. (Haushaltungsvorstände) und von 5 Pf. (Ledige) als Abschlagszahlung an und behält sich vor, in nicht allzu langer Zeit wieder an die Unternehmer heranzutreten.

Die Jugendlichen werden voraussichtlich an die Firmen herantreten und verlangen, daß ihnen ebenfalls der neue Zuschlag zur alten Teuerungszulage gewährt wird. Wenn sie den Zuschlag nicht bekommen, bleibt für sie der Weg, ihre Entlassung und den Kriegsdienst zu fordern. Wird ihnen der Kriegsdienst verweigert, dann wenden sie sich an den Kriegsausschuß.

Deutsche Arbeiter und französische Gefangene.

Die deutschen Arbeiter, welche mit französischen Gefangenen gemeinschaftlich schaffen müssen, haben im Leben des Weltkrieges die proletarische Solidarität nicht vergessen. Das mag folgendes Vorkommnis ergeben, von dem „Der Fachgenosse“, das Organ des Glasarbeiterverbandes, in seiner letzten Nummer berichtet.

In der Stralauer Glasfabrik werden Kriegsgefangene Franzosen als Flaschenmacher beschäftigt, die nicht so ohne weiteres auf deutsche Art und unter deutschen Verhältnissen arbeiten können. Die Stralauer Glasarbeiter haben nun gegen die französischen Gefangenen nicht nur auf Erleichterung aufkommen lassen, sondern haben die Gefangenen in bester Weise dadurch unterstützt, daß sie ihnen die Arbeit, so weit es geht, erleichterten und im Arbeitsverhältnis unterstützten. Das wurde von den französischen Gefangenen in dankbarer Weise anerkannt, und der Organisationsleitung in Stralau wurde folgendes Schreiben überreicht:

An die deutschen Kameraden der Stralauer Glasfabrik!
Während unseres Aufenthalts als Gefangene in der Stralauer Glasfabrik habe ich und meine Schicksalsgenossen die große Liebenswürdigkeit, die uns von Seiten des Personals entgegengebracht wurde, in anerkennenswerter Weise empfunden.

Es war von hier fortgehen, um in unser Heim zurückzukehren, dem wir durch die Gewalt der Tatsachen und die grausame Notwendigkeit des Krieges so lange fern waren, möchte ich Ihnen im Namen meiner Kameraden für die freundliche Aufnahme, die wir hier gefunden haben, danken und Sie versichern, daß unsere Erkenntlichkeit dies im besten Andenken bewahren wird.

Deutsche Kameraden und Kollegen anderer Nationalität! Möge uns das Glückwünsche, das der Krieg und seine Folgen darstellt, ein Leben dienen, dem wir in Zukunft abhelfen, und das wir vermeiden können, indem wir uns in Gleichheit und Brüderlichkeit die Hände reichen.

Indem wir Euch, Kameraden, Respekt und besten Dank sagen, rufen wir alle: Es lebe die Arbeiter-Internationale!
Moulat Augustin,
Glasarbeiter in Tretou (Nordfrankreich).

Das französische Schreiben ist von den Gefangenen sehr schön ausgestattet und bezeugt vor allen Dingen, wie „Der Fachgenosse“ bemerkt, daß der Geist, der die Arbeiter aller Länder umfaßt, nicht tot ist, sondern nach dem Krieg weiter leben wird. (2)

Aus der Partei.

Eine Satire auf die französische Mehrheit.

In der Wochenchrift der französischen Partei in der „Populaire“ findet sich eine Satire von Boris Souvarine, in der er verurteilt, die verschiedenen Elemente der französischen Mehrheit zu klassifizieren. Er zählt neun Arten:

1. Die Unschuldigen. Sie wissen nicht, was die von der Mehrheit wollen. Die „Humanität“ bestätigt ihnen, daß alles aufs Beste ist in der besten der möglichen Welten. Cadin setzt ihnen auseinander, daß die Zimmerwälder Anhänger des „bedingungslosen“ Friedens sind. Homo schildert ihnen Deutschland als eine Räuberhöhle. Bei ihnen genügt ein Kontakt mit einem Rinderheiler, um die Ketten der Minorität zu vergrößern.

2. Die Klugen. Sie warten die neundringzigste Minute der vierundzwanzigsten Stunde ab, um ihr Gewissen zu befreien.

Die Rolle des Klugens sagt Ihnen nicht zu; eine einfache Frage des Temperaments.

3. Die Erleuchteten. Ihre Ansicht ist großartig; sie wollen nach dem Krieg die Massen hinter sich haben! Ohne Zweifel lernen sie von den Massen nichts, als was Susant dem Guten (Herod) beliebte, ihnen zu sagen. Sie haben einen Unterschied zwischen dem „Sozialismus“ und dem „Interesse des Sozialismus“ aufgestellt. Dank dieser Scharflosigkeit bleiben sie Sozialisten, selbst wenn sie momentan den Sozialismus aus strategischen Gründen aufgeben.

4. Die Mehrheitler um jeden Preis... Wenn die augenblickliche Mehrheit Mehrheit wird, genügt es ihnen, Mehrheitler zu bleiben, um zu den unteren zu gehören...

5. Die „Frouillards“. (1) Sie fürchten den nächsten internationalen Kongreß, weil sie jede Leute vor sich haben werden, die verstehen, ihnen zu antworten. Sie fühlen undeutlich, daß die Geschichte Europas nicht von 1870 an datiert, und sie irren sich nicht, denn gewisse deutsche Genossen könnten versucht sein, auf früher zurückzugehen. Sie haben auch Angst vor den Maurras, den Verthoulats, den Barrés, denen den Ruf der heiligen Union zu verweigern, unser heroischer Ruffin-Dugens sich nicht fürchtet.

6. Die Kranken. Sie haben bei Beginn der Feindseligkeiten eine solche Gemütsbewegung davongetragen, daß infolge eines besonderen Phänomens der Vermittlung gewisse Fähigkeiten von ihnen vernichtet worden sind. (vier Reihen zensiert.) Einige Jahre nach dem Kriege werden sie ganz langsam wieder zum Sozialismus zurückkommen.

7. Die Interessierten. Man findet sie! Man muß doch leben, ist ihre Devise. Besonderer Zug: sie weisen von ihren Gehältern nicht die Hälfte zurück, die ihnen von den Rinderheilern gezahlt wird.

8. Die Renegaten. Diese Mehrheitler mit Haut und Haaren sind nicht unserer Partei eigentümlich; wirkliche Krämer der Politik und des Journalismus, immer bereit, eine Sache zu umlassen und immer bereit, sie zu verraten, beileben sie sich, eine respektable Entfernung zwischen sich und die Soldaten zu legen, die wenig zum Scherzen ausgelegt, zurückkommen.

9. Die Abwesenden, deren Mandate irgend welche Individuen, die zur Kategorie Nr. 7 gehören, sich angeeignet haben.

Die Existenz einer solchen Majorität scheint uns sehr vergänglich; ihre Verlegung ist unvermeidlich und nahe, wenn die Rinderheiler sich zur Aktion entschließen.

Wenn Ihr freier — freier zu Hause! Der „Tag“ vom 22. Oktober veröffentlicht einen Artikel des Genossen Dr. Lensch, der in seinem Hauptteil eine Polemik gegen die „Arbeitsgemeinschaft“ darstellt. Ein solches Hineintragen unserer inneren Parteifreistritigkeiten in die bürgerliche Presse wird wohl von den meisten Parteigenossen mit vollem Recht als durchaus ungehörig empfunden werden.

Entgegnung.

Auf die der „Leipziger Volkszeitung“ entnommene Zuschrift „aus der Rinderheit der alten sozialdemokratischen Fraktion“ gestalte ich mir, folgendes zu erwidern:

1. Eine vorübergehende Sluggierung von Reden findet in der Fraktion in der Regel nur dann statt, wenn dies von Fraktionskollegen verlangt wird. Das ist diesmal von keiner Seite weder für die Rede Scheidemanns noch für die meinige geschehen.

2. Die Erklärung, die ich über die Stellung der Fraktion in der II-Bootsfrage abgab, entsprach genau dem, was die sozialdemokratische Fraktion im März d. J. im Plenum des Reichstags und neuerdings im Hauptauschuß erklärt und vertreten hat. Eine Rinderheit innerhalb der alten Fraktion hat es in dieser Frage bis jetzt nicht gegeben.

3. Was die Schuldfrage angeht, so habe ich die Auffassung der Mehrheit, daß der Krieg auch in seinem Ausgangspunkt für Deutschland ein Verteidigungskrieg war, begründet. In dem Manifest der Reichskonferenz zur Friedensfrage heißt es in bezug auf die Haltung der Mehrheit der französischen und englischen Sozialisten gegenüber: „Den für die Weigerung eines Zusammenkommens mit uns angeführten Grund, die deutsche Sozialdemokratie mache sich dadurch, daß sie zu ihrem Lande steht, zur Mitschuldigen an einem angeblichen „Ueberfall Deutschlands auf Rußland und Frankreich“, weisen wir mit aller Entschiedenheit zurück; denn Deutschland war infolge der allgemeinen Mobilmachung Rußlands vom 31. Juli 1914 schwer bedroht.“ Das in meiner Rede beigebrachte dokumentarische Material diente der Verankerung dieses Satzes. — Es scheint mir dringend geboten, die aus dem feindlichen Ausland und nicht zum wenigsten aus sozialistischen Kreisen gegen uns geführte Anklage, wir seien die „Komplizen eines Verbrechens“, energig zurückzuweisen. Die Legende vom deutschen „Ueberfall“ hält seiner gründlichen Untersuchung der Vorgänge in den kritischen Tagen vor Kriegsausbruch stand. Je rascher dieses Hindernis gegenseitigen Verständens aus dem Wege geräumt wird, desto besser. Eduard David.

Sozialdemokratischer Magistratsrat.

Zum Mitglied des Magistrats der Stadt Bergedorf bei Hamburg wurde der Parteisekretär Genosse Wilhelm Wiesner gewählt.

Aus den Organisationen.

Den Bericht von der Reichskonferenz nahm am Freitag eine schwachbesuchte Versammlung der Genossen in Frankfurt a. M. entgegen. Die Delegierten Wittich und Weingärtner erklärten sich mit den Beschlüssen der Konferenz einverstanden. An der Aussprache beteiligten sich drei Genossen der Rinderheit und drei Genossen der Mehrheit. Die letzteren wandten sich besonders gegen Ausführungen des Vorsitzers der Opposition, Reichstagsabgeordneten Hüttmann, der sagte, die Partei müsse einen größeren Druck auf die Regierung ausüben und hätte von Anfang an die Verantwortung für den Krieg ablehnen müssen. Es wurde ihm u. a. erwidert, daß das letztere die Fraktion getan habe. Beschlüsse wurden nicht gefaßt. Der Vorsitzende konstatierte am Schluß — allerdings unter Widerspruch der Opposition —, daß die Mehrheit der Versammlung wohl mit dem Ergebnis der Konferenz einverstanden ist.

Aus Industrie und Handel.

Die Vereinigten Staaten als Weltbankier.

Der Washingtoner Korrespondent der „Morningpost“ meldet, daß Argentinien, das vor dem Kriege von London finanziert wurde, in New York über eine Anleihe von 100 Millionen Dollar verhandelt.

Soziales.

Bedenklicher Bierflaschenhandel.

Um den Flaschenbierauschuß im Eisenbahnzuge drehte sich eine vor dem Gewerbegericht verhandelte Klage eines Kellners, der bei der Eisenbahn-Speisewagen-Gesellschaft beschäftigt war.

Der Kellner hatte das Flaschenbier, welches er den Reisenden verabreichte, mit dem Oberkellner zu verrechnen. Pfand für die Flaschen durfte er von den Reisenden nicht fordern, aber für jede von ihm nicht zurückgelieferte leere Flasche hatte der Kläger dem Oberkellner 5 Pf. zu zahlen oder andere Flaschen zu beschaffen. Der Kläger forderte von der beklagten Firma 90 M., die er für den Ankauf von Flaschen, die er erliegen mußte, ausgegeben haben will. Der als Zeuge vernommene Oberkellner behauptete, er habe außerdem noch 22 M. für nicht abgelieferte Flaschen vom Kläger zu bekommen. Den unverhältnismäßig hohen Verlust von Bierflaschen erklärte der Kläger so: Die Jäger, in denen er arbeitete, seien immer sehr stark von Soldaten in Anspruch genommen worden und so hart

befehlt gewesen, daß es ihm nicht möglich gewesen sei, die leeren Flaschen, die meist unter die Bänke gestellt wurden, während der Fahrt zusammenzufinden. Nach Ankunft des Zuges auf der Endstation habe er den Zug verlassen müssen, sich also nicht mehr um die Flaschen kümmern können. Eisenbahnarbeiter, welche nach Schluß der Fahrt die Wagen zu reinigen hatten, hätten die von ihnen gefundenen Flaschen an sich genommen und später an die Kellner, welche Flaschenverkauf zu leisten hatten, verkauft. Für derartige Entwürfe von Flaschen will der Kläger nach und nach 90 M. ausgegeben haben. Unbestritten hat der Oberkellner den Kläger aufgefordert, leere Bierflaschen von Eisenbahnarbeitern in Köln zu kaufen.

Der Vorsitzende, Magistratsrat Schulz, bezeichnete den Flaschenhandel der Eisenbahnarbeiter als einen sehr bedenklichen Mißstand. Wenn sich die Sache so verhalte, wie der Kläger angab, dann würden sich die betreffenden Eisenbahnarbeiter des Diebstahls und mindestens der Hunduntertätigkeit schuldig gemacht haben und vor den Strafrichter gestellt werden müssen. In der Sache selbst erklärte sich das Gewerbegericht für unzuständig, weil der Kläger nicht der beklagten Firma, sondern dem Oberkellner für die abhanden gekommenen Flaschen haftbar war, also nur von diesem die Erstattung der von ihm für den Ankauf von Flaschen ausgegebenen Beträge fordern könne. Der Kläger war ange stellt bei der Eisenbahn-Speisewagen-Gesellschaft, er stand aber nicht in einem Arbeitsverhältnis zu dem Oberkellner. Ansprüche, die der Kläger an den Oberkellner habe, können deshalb nicht beim Gewerbegericht, sondern beim Amtsgericht eingeklagt werden.

Musik wird oft nicht schön empfunden.

Die Kapellmeisterin Feinkow hatte mit einer Damenkapelle 2 1/2 Jahre im Kronprinzengartel zur vollen Zufriedenheit des Birtes und der Gäste musiziert. Dann nahm sie ein Engagement im Café Friedrichsbad am Oranienburger Tor an. Die Kapelle, die hier schwächer besetzt war als im Kronprinzengartel, soll nun so schlecht gespielt haben, daß ihr der Wirt unter Druck des Engagementsvertrages schon am ersten Abend ihres Auftretens den Laufpaß gab. Frau Feinkow klagte deshalb beim Gewerbegericht auf Zahlung der Wage für die Räumigungszeit und der ausbedungenen Vertragsstrafe. Der Beklagte, Kreimener, stellte eine Anzahl von Zeugen, die als Gäste seine Lokale die Musik der Kapellin gehört hatten und sich sehr abfällig darüber äußerten. Andererseits brachte auch die Klägerin Zeugen bei, welche bekundeten, daß ihrer Kapelle im Lokal des Beklagten Beifall spendet worden sei.

Das Gericht erachtete die Zeugenaussagen nicht als beweiskräftig, weil es eine Sache des persönlichen Empfindens sei, ob man eine Musikführung schön finde oder nicht. Jedenfalls sei nicht bewiesen worden, daß die Leistungen der Klägerin so schlecht waren, daß ein wichtiger Grund im Sinne des § 204a der Gewerbeordnung vorliegen habe, der zur sofortigen Lösung des Vertrages berechtige. Sache des Beklagten wäre es gewesen, sich vor dem Abschluß des Engagementsvertrages von den Leistungen der Kapelle zu überzeugen und danach zu beurteilen, ob sich deren Musik für sein Lokal eigne. Aus diesen Gründen verurteilte das Gericht den Beklagten zur Zahlung.

Berichtszeitung.

Kindermißhandlung.

Wegen großer Mißhandlungen ihres neunjährigen Töchterchens hatte das Schöffengericht die Schankwirtin Matthes zu Grünheide, deren Ehemann zum Heeresdienst eingezogen ist, zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt. Das Mädchen ist jetzt in einem Kinderheim untergebracht. Die Anzeige war von einem Manne erstattet worden, der über die Behandlung des Kindes empört war. Als das Kind nach dem Kinderheim gebracht und von dort dem Arzte Dr. Karl Müller zur Untersuchung vorgeführt worden war, stellte dieser fest, daß das Kind kein Gemde anhatte. Der Arzt stellte weiter bei der Untersuchung fest, daß am Kopf Verletzungen vorhanden waren, am linken Auge eine blutunterlaufene Stelle, eine geschwollene Stirn, Braunrot gefärbte Stellen auf der linken Wange, starke Schwellungen auf beiden Schultern, ferner waren Arme und Rücken mit alten und neuen Striemen eng besät. Der Arzt war, wie er bekundete, empört, als er das Kind untersuchte. Denn er war der Ueberzeugung, daß es sich um ganz brutale Mißhandlungen handelte. In der Berufungsinstanz trat der Verteidiger den Beweis dafür an, daß das durch Nachbarungen verbotene Kind nach dem Zeugnis der Lehrerin recht verlogen geworden war und der Mutter allen Grund zu Fäktigungen in drei Fällen gegeben habe; eine Reihe der vorgefundenen Striemen sei auf Prügeleien mit Schulten zurückzuführen. Die Strafkammer nahm als erwiesen an, daß die Angeklagte die Mißhandlungen nicht aus Bosheit, sondern im Affekt vorgenommen, dabei aber das elterliche Väterlichkeitsrecht weit überschritten habe. Die Strafe wurde auf 200 M. Geldstrafe, event. 40 Tage Gefängnis bemessen.

Gegen Beschlagnahmeverfügung.

„Nur durch Gefängnisstrafen wird man Zuwiderhandlungen gegen Beschlagnahmeverordnungen, insbesondere das Unterlassen der vorgeschriebenen Führung eines Lagerbuches, gewissen Handelstreibenden abgewöhnen können.“ So begründete gestern der Staatsanwalt einen Strafantrag in einer vor der I. Strafkammer des Landgerichts III verhandelten Strafsache gegen den Handelsmann Max Friedemann. Der Angeklagte ist Kaufmann von altem Gumm, aus dem er die Ringe für Seiterwasserflaschen herausstanzte. Er war beschuldigt, die Führung eines Lagerbuches und die vorgeschriebene Anmeldung seiner Verhältnisse an Gummi unterlassen und über beschlagnahmte Gummimengen verfügt zu haben. Bei einer in seinem Betriebe vorgenommenen Revision wurde ein größeres Quantum von Autokultschläuchen, bei einer zweiten Revision eine größere Menge Vollgummi von Autokultwagen vorgefunden. Es wurde ferner festgestellt, daß er seine Vorräte nicht angemeldet hatte und das vorgefundene Lagerbuch fehlte. Der Staatsanwalt beantragte unter oben erwähneter Begründung gegen den Angeklagten drei Monate und zwei Wochen Gefängnis und 1000 M. Geldstrafe. — Das Gericht erkannte, unter Veräuflichung der Unbestraftheit des Angeklagten und des Umstandes, daß nur ein formaler Verstoß vorlag, auf eine Gesamt-Geldstrafe von 1500 Mark und erklärte die bei dem Angeklagten vorgefundenen Gummimengen für den Staat verfallen.

Bücherlicher Kettenhandel und doch freigesprochen.

Das Schöffengericht in Götting hatte den Schuhwarenhandler Hermann Schneider wegen Betrag zu 50 M. Geldstrafe verurteilt. Im vergangenen Jahre lieferte die Schuhwarenfabrik Hoch in Birnholms Schuhe aus Schaftleder und Pappe an einen Großhändler Vollmann in Berlin für 4,50 M. pro Paar. Vollmann verkaufte die Schuhe mit Verdienst an den Händler Landsberg in Breslau, von dem sie Schneider für 9,50 M. pro Paar erstand. Schneider wieder verkaufte das Paar Schuhe zu 12,50 M. Eine Frau, die ein solches Paar Schuhe erstanden hatte, brachte sie ihm schon am andern Tage mit durchlaufener Sohle zurück. Es erfolgte darauf Anklage gegen Schneider und Verurteilung durch das Schöffengericht. Die von diesem Gericht verhängte Strafe dünkte aber Schneider zu hoch und er legte Verufung ein. Vor der Strafkammer erklärte er, die Schuhe wären ihm als gut und preiswert angepriesen worden und er hätte die Minderwertigkeit nicht erkannt. Das Gericht kam zu der Ueberzeugung, daß kein Betrug vorliege und sprach den Angeklagten frei.

Mittwoch, den 25. Oktober: Extra-Zahlabend in Groß-Berlin.

Chronik des Weltkrieges.

24. Oktober 1914.

Weiteres Vordringen über die Iser. Bei Zwangorod wurden 1600 Russen gefangen genommen.

In Stelle des erkrankten Generals von Koltze übernimmt General von Falkenhayn die Geschäfte des Generalstabschefs.

24. Oktober 1915.

Der große Kreuzer „Prinz Adalbert“ ist bei Sibau durch zwei Schiffe eines feindlichen U-Bootes versenkt worden.

Der Vormarsch in Serbien geht unaufhaltsam weiter.

Das Rheinisch-Westfälische Kohlsyndikat und der Fiskus.

Von Heinrich Cunow.

Die Erneuerung des Rheinisch-Westfälischen Kohlsyndikats hat fast nur im Handelsteil der großen Presse eine gewisse Würdigung gefunden, obgleich sie ein Ereignis ist, das keineswegs nur für das Wirtschaftsleben Deutschlands seine Bedeutung hat, sondern sich zugleich als ein vorläufiges Friedenskompromiß zwischen dem Kohlsyndikat und dem preussischen Fiskus darstellt.

Die Erneuerung des Kohlsyndikats auf weitere fünf Jahre ist gewissermaßen erst in letzter Stunde erfolgt. Der Syndikatsvertrag läuft zwar noch bis zum 1. April 1917, doch hatte der preussische Handelsminister den 15. Oktober dieses Jahres als Endtermin gesetzt, bis zu welchem die Syndikatsmitglieder ihre Entscheidung über eine freiwillige Syndikatsverlängerung getroffen haben müssen, da andernfalls der preussische Staat entsprechend der Bundesratsverordnung vom 12. Juli 1915 zur Bildung eines Zwangssyndikats schreiten werde. Diese Drohung mit dem Zwangssyndikat und die eifrigen Bemühungen des Syndikatsvorsitzenden, des Geheimrats Dr. E. Kirdorf, der seit Monaten alle Hebel in Bewegung gesetzt hat, um die widerstrebenden Interessen zwischen den einzelnen Bergengesellschaften auszugleichen, haben schließlich trotz aller inneren Gegensätze doch wieder nach langen erregten Verhandlungen hinter den Kulissen zur Vertragsverlängerung geführt. Wie bei früheren Erneuerungen stellten wieder zahlreiche Bedenken, die in letzter Zeit ihre Anlangen ausgebildet und ergänzt hatten, Anträge auf wesentlich höhere Beteiligung am Syndikatsabsatz. Zudem galt es eine Anzahl sogenannter „Außenleiter“, das heißt bisher außerhalb des Syndikatsverbandes geliebene Bergengesellschaften, die unter der Gunst der Marktlage sich in den letzten Jahren vorteilhaft entwickelt hatten und als lästige Konkurrenten auftraten, für das Syndikat zu gewinnen und diesem einzugliedern. Kein leichtes Unternehmen, denn diese Außenleiter stellten für ihren Beitritt Beteiligungsansprüche, deren Bewilligung den Absatz der alten Syndikatszettel stark eingeschränkt hätte, womit natürlich diese wieder nicht einverstanden waren. Dazu kam der alte Zwiespalt zwischen den reinen Zechen und den sogenannten Güttenzechen (den mit Güttenerwerken verbundenen Zechen), die infolge der zunehmenden Konzentration in der Montanindustrie ein immer größeres Uebergewicht über die reinen Zechen gewinnen.

Doch lag in der Verteidigung und Ausgleichung dieser verschiedenartigen Ansprüche keineswegs das Haupthindernis der Syndikatserneuerung; größere Schwierigkeit boten, über die sogenannte Kohlsyndikatsfrage zu einer Verständigung zu gelangen. Die Syndikatsleitung strebt danach ein festes Kohlsyndikatsmonopol des Syndikats zu begründen und zu diesem Zwecke die vom Syndikat unabhängigen selbständigen großen Kohlfirmen unter ihre Botmäßigkeit zu bringen. Seit Jahren schon ist bekanntlich das Rheinisch-Westfälische Kohlsyndikat bemüht, zur Durchsetzung seiner Absichtspolitik den großen Kohlsyndikat direkt unter seine Kontrolle zu nehmen. Zu diesem Zweck hat es bereits 1903 das sogenannte Kohlsyndikat gegründet, die Rheinische Kohlsyndikats- und Reedereigesellschaft m. b. H. zu Mülheim an der Ruhr mit der Zweigstelle in Mannheim, der dann bald weitere Gründungen und feste Beteiligungen an bestehenden Kohlsyndikatsfirmen folgten, wie z. B. der Westfälischen Kohlsyndikatsgesellschaft m. b. H. zu Dortmund, der Westfälischen Kohlsyndikatsgesellschaft m. b. H. zu Hannover, der Deutschen Kohlsyndikatsgesellschaft m. b. H. zu Hamburg, der Südauf-Kohlsyndikatsgesellschaft zu Rassel, usw. Ein Teil der Bergengesellschaften, an deren Aufnahme in das Syndikat der Syndikatsleitung sehr viel liegt, hat aber früher mit außerhalb dieser Kohlsyndikatsgruppe stehenden, Großkohlsyndikatsfirmen langfristige Lieferungsverträge abgeschlossen, wodurch diese Firmen in den Stand gesetzt sind, immer wieder die Absatz- und Preispolitik des Syndikats zu durchkreuzen. Besonders gilt das vom preussischen Bergfiskus, der, um sich seine Unabhängigkeit von dem Handelsmonopol zu wahren, ebenfalls Verträge mit verschiedenen großen selbständigen Kohlsyndikatsfirmen eingegangen ist.

Die Syndikatsleitung versuchte deshalb die betreffenden Bergengesellschaften zur Lösung ihrer mit solchen unabhängigen Kohlsyndikatsfirmen abgeschlossenen Verträge zu bestimmen oder diese Firmen zum Anschluß an die Handelsorganisation des Syndikats zu veranlassen. Noch vor zwei, drei Monaten vorwärts aber die hauptsächlich in Betracht kommenden Bergengesellschaften recht wenig Neigung, sich diesem Ansuchen des Syndikatsvorstandes zu fügen. Sie antworteten, zunächst solle gefälligst erst der Bergfiskus seine Verbindungen mit den Kohlsyndikatsfirmen auflösen. Darauf wandte sich das Syndikat mit der gleichen Forderung an den preussischen Fiskus, erhielt aber die ausweichende Antwort, der Fiskus könne, solange der Ausgleich zwischen den Ruhr- und Saarkohlsyndikaten noch nicht hergestellt und die Sibernia-Angelegenheit nicht geordnet sei, zur Frage der Handelsorganisation keine Stellung nehmen. Neben dem Bestreben, die Hindernisse möglichst wegzuräumen, die bisher seiner Abschlußpolitik entgegenstanden, hatte die Syndikatsleitung jedoch noch einen anderen Grund, der sie bestimmte, mit aller Energie den großen Kohlsyndikatfirmen, die unter 50 000 Tonnen, also eine Million Zentner, jährlich abgeben, kommen für das Syndikat gar nicht in Betracht — unter ihre Obhut zu bringen. Herr E. Kirdorf und seine Freunde wissen um die Ansichten und Pläne in bestimmten Regierungskreisen wohl Bescheid, und so hatten sie jedenfalls erfahren, daß man dort erwägt, der sich nach dem Kriege mit Sicherheit einstellenden Finanznot durch Einführung von Staatsmonopolen abzuhelfen — und daß sich unter diesen Plänen auch der Plan eines Kohlsyndikatsmonopols befindet. Das Zustandekommen eines solchen Monopols möchte Herr Kirdorf aber gerne verhindern oder wenigstens erschweren, denn die Kohlsyndikatsindustrie kann nach dem Kriege auf eine höchst vorteilhafte Konjunktur rechnen.

Lautsächlich ist es denn auch Herr Kirdorf schließlich gelungen, nicht nur die betreffenden Bergengesellschaften, sondern auch den Bergfiskus zu bewegen, dem Syndikat beizutreten und die mit ihnen verbundenen Kohlsyndikatsfirmen zum Anschluß an die Handelsorganisation des Syndikats zu bestimmen. Dafür hat allerdings das Syndikat dem Fiskus allerlei nicht unbeträchtliche Zugeständnisse machen müssen. Dem Fiskus ist das Recht eingeräumt worden, jederzeit zum Vierteljahresbeginn mit vierwöchiger Kündigungsfrist wieder aus dem Syndikat austreten zu können, und zwar ohne daß die Vertreter des Fiskus nötig haben, ihre Gründe anzugeben. Ferner hat er das Recht, sofort nach dem Austritt wieder auf dem Kohlsyndikat als selbständiger Verkäufer aufzutreten. Daher können auch seine Verbindungen mit seinen früheren Handelsorganisationen bestehen, und es steht ihm frei, sie, falls er zurücktritt, kurzerhand wieder zurückzunehmen, nur müssen sie sich, solange er Mitglied des Kohlsyndikats bleibt, der Betriebsorganisation des Syndikats angliedern. Weiter hat der Handelsminister ein sogenanntes beschränktes Vetorecht bezüglich der Preisfestsetzungen. Wenn 30 Proz. aller Stimmen im Syndikat gegen Erhöhung oder für Ermäßigung der Kohlsyndikat stimmen, kann er die Preisänderung durch Einspruch verhindern oder die Preisherabsetzung kurzerhand abwenden.

Ferner liefert die Syndikatsleitung mit der hinter ihr stehenden Bankfinanz dem Fiskus den Grubenbesitz der Sibernia-Gesellschaft aus. Bekanntlich verlor die Sibernia 1904 der preussische Handelsminister Möller die Unternehmung der Sibernia zu verstaatlichen. Er brachte mit Hilfe der Dresdner Bank für 20 Millionen Mark Sibernia-Aktien in den Besitz des Fiskus und ließ dann für den übrigen Teil eine Rente von 8 Proz. in dreiprozentigen preussischen Konfols bieten, einen Kurspreis von 245 Proz. Das Kohlsyndikat unterstützt von verschiedenen Großbanken, trat jedoch den Verstaatlichungsabsichten energisch entgegen und gründete mit der Deutschen Bank, der Diskontogesellschaft, der Berliner Handelsgesellschaft, der Bank für Handel und Industrie sowie E. Reichröder die „Sibernia“, Vereinigung von Sibernia-Aktionären G. m. b. H., mit dem Sitz in Güstrow. Heute gesteht man dem Staat als Gegenleistung für seinen Beitritt zum Kohlsyndikat den Besitz der Sibernia zu — freilich zu einem Preise, der den des Jahres 1904 weit übertrifft. Für die ungefähr 9 Millionen Aktien, die sich nicht im Besitz der Sibernia-Gesellschaft befinden, zahlt der Staat 266 2/3 Proz. in 4 1/2-prozentigen Schatzanweisungen und außerdem 3 1/2 Proz. in bar, so daß sich im ganzen der Kaufpreis auf 270 Proz. stellt, und da die Schatzanweisungen Ende 1934 zum Parikurs rückzahlbar sind, den Aktionären bis dahin eine Rente von 12 Proz. garantiert wird. Und für die im Besitz der Sibernia-Gesellschaft befindlichen 2 1/2 Millionen Mark Stammaktien und 10 Millionen 4 1/2-prozentiger Vorzugsaktien stellt sich sogar, genau gerechnet, der Kaufpreis noch etwas höher. Hoffentlich sieht sich der preussische Landtag, wenn ihm der Kaufabschluß zur Genehmigung vorgelegt wird, die einzelnen Bedingungen recht gründlich an.

Zudem hat man dem Fiskus eine ziemlich hohe Beteiligungsdividende zugestanden. Er erhält für die im Direktionsbezirk Heddinghausen liegenden Staatszechen — die Saarzechen bleiben außerhalb des Syndikats — eine Anfangsbeteiligung von 6 Millionen Tonnen Kohlen (außerdem 2 Millionen Tonnen Roßs), die nach und nach auf 6,815 000 Tonnen steigt, ferner für die Sibernia eine Beteiligung von 5 813 500 Tonnen Kohlen, 1 512 000 Tonnen Roßs und 66 350 Tonnen Brifetts. Der Fiskus wird daher zum bedeutendsten Mitglied des Kohlsyndikats; er ist mit fast 11 Proz. am Gesamtabsatz beteiligt.

Vom kapitalistischen Standpunkt aus ist also das Kompromiß des Fiskus mit dem Kohlsyndikat ziemlich günstig; eine andere Frage ist, ob es auch vom staatspolitischen Gesichtspunkt aus als günstig gelten kann, vor allem ob es im Interesse der großen Masse der Bevölkerung liegt. Das Privatmonopol des Kohlsyndikats wird nicht nur weiter ausgedehnt, es wird auch wesentlich gestärkt. Zwar hat der Fiskus einen starken Einfluß auf die Festsetzung der Kohlsyndikatpreise, aber daß der Staat diesen Einfluß zu einem festen Preisdruck benutzen wird, haben die Zechenherren kaum zu befürchten. Die bisherigen Erfahrungen lehren, daß er, nachdem er erst den größten Teil des nationalen Kohlsyndikats dem Privatkapital ausgeliefert hat, jetzt selbst völlig nach kapitalistischen Grundfäden wirtschaftet. Das Interesse, zum Vorteil seiner Finanzen möglichst großen Profit aus den fiskalischen Gruben herauszu ziehen, überwiegt, und dieses Interesse erfordert hohe Preise, zumal der staatliche Bergwerksbetrieb recht teuer produziert. Bei solchen Ankaufspreisen, wie sie der Staat den Sibernia-Aktionären bewilligt hat, ist ja auch kaum ein billiges Produzieren möglich. Dazu kommt, daß durch das Kompromiß die Inangriffnahme der Verstaatlichung der Kohlsyndikatsproduktion zweifellos weiter hinausgeschoben wird. Steht auch dem Fiskus nach dem Syndikatsvertrag frei, zu Beginn eines jeden Quartals aus dem Syndikat auszuscheiden, so ist doch kaum anzunehmen, daß die Syndikatsfirmen sich auf die dem Fiskus eingeräumten Vorrechte eingelassen hätten, wenn sie nicht auf Grund der Verhandlungen zu der Auffassung gekommen wären, die Regierung werde vorerst ihren Verstaatlichungsplan ruhen lassen. (z)

Reichstagsausschuß für den Reichshaushaltsplan.

Am Montag wurde zunächst der Spirituspreis

besprochen. Geheimrat Steinkopf von der Reichsbrandweinstelle teilte mit, daß der Spirituspreis von dem Gesamtausschuß der Spirituszentrale beschlossen und von der Reichsbrandweinstelle genehmigt worden ist. Er suchte nachzuweisen, daß der Preis so hoch angelegt werden mußte, um die Brenner „anzureizen“, so viel Spiritus zu liefern, wie die Heeresleitung unbedingt haben muß. Landwirtschaftliche Brenner hätten sich dagegen ausgesprochen, daß der Preis so hoch angelegt werde. Die Beamten aber hätten einstimmig einen so hohen Preis für unvermeidlich gehalten. Die Verhältnisse, die der Berechnung zugrunde liegen, änderten sich aber dauernd. Daher sei der Preis nicht als endgültig anzusehen. Eine Nachprüfung der Berechnung, um den Preis möglichst herabzusetzen, sei vorbehalten.

Abg. Wurm: Die jetzt von der Reichsbrandweinstelle festgesetzten Preise für Spiritus sind unerhört hoch. Die Spirituszentrale hatte im Januar d. J. den Abschlußpreis von 50 auf 54 M. erhöht, im Februar auf 58 M., im April auf 60 M., im September auf 82 M. und jetzt wird er durch die Reichsbrandweinstelle auf 98 M. erhöht. Bei diesen Preisen veranlaßt sich trotz der geringen Produktionskosten der Zentner ungelagerter Fabrikartoffeln mit 6 M., während der Höchstpreis für gelagerte Speisekartoffeln 4 M. ist. Diese außerordentliche Verteuerung des Spiritus wird damit begründet, daß den Brennern ein Anreiz zur Produktion gegeben werden müsse, um den größeren Bedarf der Heeresverwaltung für Munitionszwecke zu decken. Dabei hat der Vertreter der Reichsbrandweinstelle eben zugegeben, daß selbst von landwirtschaftlicher Seite genaugt worden sei, den Preis des Spiritus so hoch zu steigern. Wenn irgendwo, so sei es doch hier leicht durchzuführen und dringend erforderlich, den Produktionszweig einzuführen; jetzt werde den Brennern in Brennereien, insbesondere den Großgrundbesitzern auf den großen Gütern, eine neue Liebesgabe gewährt, größer als sie je vorher bestanden hat. Wenn die Brenner nur durch übertrieben hohe Preise dazu zu bringen sind, ihre Betriebe aufrechtzuerhalten, so bleibt das der vielgepriesene Patriotismus dieser Kreise? Die Klasse müsse in weitestem Maße zur Herstellung des gewerblichen Spiritus benutzt werden, dann ließe sich erst recht der Preis des Spiritus herabsetzen. In Trinkspritus dürfe auch nicht eine einzige Karloffel verwendet werden; das Volk brauche sie dringend zum Essen.

Abg. v. Camp: Der Preis sei nicht zu hoch angelegt worden. Jedoch sei auch er damit einverstanden, daß jetzt der Preis herabgesetzt werde.

Die Abg. Herold und Erzberger: Der Preis sei selbst unter Berücksichtigung aller Umstände ganz außerordentlich hoch. Die Herabsetzung des Preises sei dringend notwendig. — Unerträglich sei es, daß viel zu wenig Spiritus für Beleuchtungs- und zum Preise von 55 Pf. pro Liter abgegeben werde, weitere Mengen von Spiritus aber zu haben seien, freilich nur zu dem Wucherpreise von 1,50 M. das Liter.

Abg. Dr. Südekum: Die Preise für Speisekartoffeln, für Kartoffeln als Viehfutter und damit für Schmalz und die Preise für Kartoffelpräparate stehen im inneren Zusammenhang. Werden sie festgesetzt, ohne daß über die Abtufungen eine Verständigung stattfindet, so werde eine gegenseitige unvernünftige Preissteigerung unvermeidlich. Hier müßte das Kriegsernährungsamt ausgleichend wirken. Unbedingt abgelehnt müßte der Gedanke werden, daß ein so hoher Preis berechtigt sei als Anreiz für die Brenner, die nötige Menge Spiritus zu liefern.

Präsident des Kriegsernährungsamts v. Batocki: Die Verantwortung für den Spirituspreis trage er. Der Preis werde festgesetzt unter Berücksichtigung der andern, vom Sordredner angeführten Preise. Jedoch sei in erster Linie maßgebend der Bedarf der Heeresverwaltung. Selbst Brenner haben es bedauert, daß der Preis so hoch angelegt werden mußte. Der hohe Preis sei aber als Anreiz zu einer möglichst großen Produktion unentbehrlich. Ein unmittelbarer Zwang sei sehr wenig wirksam. Es werde demnach werden, daß die Brenner, die am 15. November nicht mit dem Brennen angefangen haben, ihr Brennrecht verlieren.

Abg. Kretsch bemüht sich, nachzuweisen, daß der Spirituspreis gar nicht zu hoch sei. Sehr nachsichtig sei es dagegen, daß aus Spiritus zu 1,50 M. das Liter verkauft werde. Der werde zu diesem hohen Preise nur von reichen Damen gekauft, um ihr Haar zu brennen. Die könnten den hohen Preis zahlen und dadurch werde bewirkt, daß die Damen diesen Spiritus nicht unnötig verbrauchten. Dies Verfahren sei besser, als wenn den armen Leuten der billige Spiritus entzogen werde. Die Parteien sollten sich durch das Gebete der Abteilungen nicht irremachen lassen. Der Schnaps sei für viele Volksschichten unentbehrlich. Durch das zu starke Vorgehen gegen den Schnapsgenuß werden viele kleine Existenzen zugrunde gerichtet.

Geheimrat Steinkopf teilt mit, daß der Verkauf von Spiritus zu 1,50 M. das Liter beträchtlich eingeschränkt werde.

Abg. Schmidt-Verlin (Soz.): Wir fordern, daß der Verbrauch von Kartoffeln zu Brennereizwecken eingeschränkt werde, und dieses einzig und allein mit Rücksicht auf die Volksernährung. Selbstverständlich schädigen die jetzigen Eingriffe in das Wirtschaftsleben viele Leute. Das ist bedauerlich; aber die A. auf diese Kreise darf und nicht abhalten, alles zu tun, um der Bevölkerung die unbedingt notwendigen Lebensmittel zu beschaffen. Daher ist es ein Verbrechen an der Gesamtheit, wenn auch nur kleine Mengen Kartoffeln der Volksernährung ohne zwingenden Grund entzogen werden. Der Verbrauch von Spiritus muß eingeschränkt werden, wo es irgend möglich ist. Daher ist es auch anzubringen, daß der Trinkschnaps, der sich im freien Verkehr bei den Fabrikanten und Händlern befindet, beschlagnahmt wird. Dieser Branntwein könnte ebenfalls der Heeresverwaltung ausgeliefert werden. In der jetzigen Zeit muß die Bevölkerung auch auf den Schnaps verzichten. In Oberschlesien ist der Verkauf von Schnaps verboten, ohne daß ein Notstand eingetreten ist. Am Gegenteil sind damit gute Erfahrungen gemacht worden. Was sich hier bewährt hat, muß auch in anderen Bezirken durchführbar sein. Ebenso sollte für die Beleuchtung der Spiritus möglichst wenig verwendet werden. Ein guter Ersatz könnte geschaffen werden durch zweckmäßige Karbidlampen. Neben begründet dann folgenden sozialdemokratischen Antrag: Der Ausschuß hält die von der Reichsbrandweinstelle festgesetzte Abschlagszahlung von 98 M. für den Heeresbedarf Spiritus für zu hoch und fordert die Herabsetzung auf eine Preislage, daß die Kartoffel unter dem Höchstpreis für Speisekartoffeln verwertet werden kann.

Präsident des Kriegsernährungsamts v. Batocki führt aus, daß die Spirituspreise nicht nur den Verhältnissen der am meisten leistungsfähigen Brennereien angepaßt werden können, sondern vielmehr mit Rücksicht auf die weniger leistungsfähigen Brennereien bemessen werden müssen. Nur auf diese Weise könne die Produktion auf einer möglichst großen Höhe gehalten werden.

Abg. Schweißhardt (Sp.): Auch er halte es für verfehlt, durch zu hohe Preise die Brennereien zu einer möglichst großen Produktion anzureizen. Fraglos sei der Preis zu hoch. Auch sei nicht richtig, daß nur reiche Leute den Spiritus für 1,50 M. kaufen.

Auch weite Kreise der ärmeren Bevölkerung seien auf diesen teuren Spiritus angewiesen.

Abg. Wollf (Soz.): Durch die Mitteilung des Regierungsdirektors, daß die Branntweinproduktion durch sehr hohe Preise gesteigert werden kann, wird zugegeben, daß die Vorbedingungen für eine hohe Produktion vorhanden sind. Einen höheren Ertrag liefert den Brennereien schon der hohe Preis für Futtermittel. Wenn man den Wert der Schlempe nach dem Preise der Futtermittel bemisst, dann kommt schon ein beträchtlicher Gewinn heraus. Wir wollen den Wert der Kartoffeln für die Brennereien unter den Preis der Speisekartoffeln herabdrücken, um zu verhindern, daß die Speisekartoffeln in die Brennereien wandern und dafür der Ernährung solche Kartoffeln zugewiesen werden, die angefault und deshalb für menschliche Nahrung nicht mehr verwendbar sind, die aber in den Brennereien noch ganz gut nutzbar gemacht werden können.

Abg. Erzberger erklärt sich gegen den Antrag der Sozialdemokraten, da ihm die Fassung nicht zweckmäßig erscheint; jedoch betont auch er, daß nach Auffassung seiner Freunde ebenfalls der Preis zu hoch ist.

Ministerialdirektor Köhler vom preussischen Finanzministerium erklärte auf eine Anfrage, daß die Fabriken zur Verarbeitung von Sulfatlauge auf Spiritus möglichst gefördert werden. Daß noch nicht mehr erreicht sei, sei einzig und allein auf technische Schwierigkeiten zurückzuführen.

Abg. Dr. Böhm (natl.) schließt sich den Ausführungen Erzbergers in Bezug auf den sozialdemokratischen Antrag an.

Abg. Wurm (Soz. Arb.): Es ist nicht richtig, daß der Spirituspreis den Verhältnissen der am wenigsten leistungsfähigen Betriebe unter allen Umständen angepaßt werden müsse. Die Mengen Spiritus, die von diesen leistungsunfähigen Betrieben geliefert werden, können sehr leicht durch die leistungsfähigen Betriebe beigestrichen werden, wenn sie das ganze Jahr hindurch beschäftigt wären. Ebenso müßte er den Ausführungen des Herrn Ministerialdirektors widersprechen. Die Fabriken zur Verarbeitung von Sulfatlauge fänden großen Widerstand bei den Brennereibesitzern, und diese hätten einen nur zu großen Einfluß auch auf die preussische Verwaltung.

Abg. Kretz wendet sich gegen die Ausführungen des Abg. Wurm und verlangt, daß unter allen Umständen Rücksicht genommen werde auch auf die Lage der kleinen Brennereien. Die Sozialdemokraten könne er sehr gut begreifen: wenn die kleinen Erzeugnisse zugrunde gingen, dann würde das nur auf dem Wege zu den Zielen der Sozialdemokratie liegen. Die Regierung aber und die bürgerlichen Parteien sollten sich durch die Forderungen der Sozialdemokraten nicht irre machen lassen. Man höre in den Reichstagen nur zu oft für ein ungewöhnliches Eingreifen die Entschuldigung, daß die Sozialdemokraten so sehr darauf gedrängt hätten.

Präsident v. Batocki trat diesen Ausführungen sehr entschieden entgegen. Wenn ein Beamter eine derartige Äußerung getan habe, so möge der Abg. Kretz doch den Namen nennen. Er könne das nicht glauben, daß irgendein Beamter sich derartig ausgespreche. Eine solche Antwort wäre ungeschickt und unehrenhaft. Die Reichsleitung prüfe gewissenhaft alle Vorschläge, die gemacht würden, gleichgültig, von welcher Seite sie kämen, und sie nehme nur die Stellung ein, die allein nach der Rücksicht auf die Gesamtheit. In dieser schweren Zeit müsse in erster Linie entscheidend sein die Notwendigkeit, das Vaterland gegen die drohenden Gefahren zu verteidigen. Kein Stand und kein Gewerbe hätten ein Recht, eine Ausnahme zu ihren Gunsten und zum Schaden des Vaterlandes zu verlangen. Deshalb könne man auch nicht besondere Rücksicht auf das Brennereigewerbe nehmen.

Abg. Herold erwiderte die Sozialdemokraten, ihren Antrag zurückzuziehen. Würde der Antrag abgelehnt, so würde dies nur zu Mißverständnissen Anlaß geben, da doch fast alle Redner sich im Sinne des sachlichen Inhalts des Antrags ausgesprochen und den jetzigen Spirituspreis als viel zu hoch bekämpft hätten. Die Sozialdemokraten sollten sich mit dieser Tatsache begnügen.

Der stellvertretende Vorsitzende Abg. Dr. Südelum (Soz.) wies darauf hin, daß der Präsident des Kriegsernährungsamts ausdrücklich und wiederholt erklärt habe, es sollte der Preis heruntersetzt werden, soweit dies unter Berücksichtigung der Wünsche der Heeresverwaltung irgend möglich sei. — Darauf zog Abg. Göbel (Soz.) den sozialdemokratischen Antrag zurück. Damit war die Beratung über den Spirituspreis erledigt.

Der Ausschuss verständigte sich nun darüber, daß über die Ernährungsfragen ein schriftlicher Bericht erstattet werden soll.

Die Verhandlungen des Ausschusses sollen bis zum Zusammentritt der Vollversammlung des Reichstages am kommenden Donnerstag von 9—12 Uhr ununterbrochen dauern, damit die Regierungsdirektoren und auch die Abgeordneten etwas mehr Zeit für ihre weiteren Arbeiten erhalten. In der Vollversammlung des Reichstages sollen bis zum Dienstag nächster Woche alle Arbeiten beendet werden bis auf die Ernährungsfragen. An dem darauffolgenden Mittwoch der nächsten Woche findet des Feiertags wegen keine Sitzung statt. Die Erörterung der Ernährungsfragen beginnt daher in der Vollversammlung des Reichstags am Donnerstag nächster Woche, und es wird erwartet, daß sie am Sonnabend, den 4. November, beendet sein kann.

Hierauf wurde in der Erörterung der Ernährungsfragen fortgefahren. Mehrere Redner gingen noch auf eine Reihe von Einzelfragen ein, wobei ganz besonders die Frage besprochen wurde, ob der Viehbestand mit Rücksicht auf die vorhandene Futtermenge verringert werden soll. Abg. Wurm wies u. a. darauf hin, daß für die Beschaffung von Winterkartoffeln für Berlin nicht genug Eisenbahnwagen zur Verfügung stehen. In einzelnen Orten im Osten seien von den Bauern Kartoffeln an die Bahn gebracht worden, könnten aber nicht befördert werden. Auf dem Güterbahnhof Wilmersdorf-Friedenau bleiben die ankommenenden Güter, darunter in besonders großer Menge Obstsendungen vom Lande an Private in Berlin, liegen und verderben, weil die Fuhrwerke zur Abfuhr nicht zur Verfügung stehen.

Präsident v. Batocki ging auf die vorgebrachten Einzelfragen ein. Der Mißstand beim Transport der Winterkartoffeln nach Berlin erklärte sich daraus, daß in einzelnen abgelegeneren Bezirken unbedingt und mit aller Schnelligkeit der Tagesbedarf an Kartoffeln gedeckt werden muß. Da Berlin mit seinem Tagesbedarf versehen wird und es sich hier um weitere, für den Winter berechnete Mengen handelt, so war es notwendig, hier die Wagen vorübergehend wegzunehmen und sie den notleidenden Bezirken zur Verfügung zu stellen. Jedoch sei auch dieser Mißstand in aller nächster Zeit beseitigt. In Bezug auf die Beschwerden über ungleiche Zuteilung von Fleisch und Fettmengen versicherte v. Batocki, daß es sich nur um Uebergangsmengen handele. In der nächsten Zeit werde es sicher besser werden.

Hierauf wurden alle Anträge der Regierung zur Erörterung überwiesen. — Das Kriegsernährungsamt hat in einer besonderen Druckschrift diejenigen Anträge, die bei der vorigen Tagung des Reichstags der Regierung überwiesen wurden, genau beantwortet und zu jedem Antrag dargelegt, welche Stellung es einnimmt. Der Ausschuss erwartet, daß auch die jetzt der Regierung überwiesenen Anträge in derselben Weise behandelt und möglichst berücksichtigt werden.

Fortsetzung der Erörterung der Ernährungsfragen am Dienstag.

Politische Uebersicht.

Alldeutsche Klagelieder.

In der Nummer der „Alldeutschen Blätter“ vom 14. Oktober führte Professor Dr. Erich Junge bewegliche Klage über den Vörsengeist und die mammonistischen Auffassungen, die die Leitung der deutschen Politik bestimmten. Entrüstet gitierte er den Satz, den der Geheim Legationsrat Riezler,

dessen unter dem Pseudonym Rudorffer erschienenen Werk über die deutsche Weltpolitik auch weiteren Kreisen bekannt geworden ist, im Frühjahr 1914 geschrieben hatte:

„Die Kriege werden zwar nicht mehr gefochten, aber Italien; und das Ergebnis der Kalkulationen entscheidet heute wie früher das Ergebnis der Schlachten über die Vorteile, die der eine erringt; über die Beeinträchtigung, die der andere auf sich nehmen muß. . . Die Rüstungen nun haben den Zweck, die Kalkulation des Krieges, das heißt, diesen bei den Verhandlungen so wichtigen Faktor, zu eigenen Gunsten und zu Ungunsten des Gegners zu verschieben.“

Diese Theorie des Geh. Legationsrats Riezler bezeichnet Prof. Junge charakteristisch für die Auffassungen, die auf unsere derzeitige Reichsleitung einen großen Einfluß gewonnen haben. Riezler selbst sei ein wichtiger und vertrauter Mitarbeiter des Reichskanzlers.

Dieser hat sich zum Stellvertreter einen Berufsbankier gewählt und auch sein zweiter Stellvertreter entstammt einer Familie aus dem Erwerbsleben. Auch die sonst durch ihre Stellungen wie Delbrück, Ledwald und andere einflussreichen Männer, wie Rathenau, Ballin, Goldberger und andere, entstammen alle dem Geschäfts- und Erwerbsleben. Kaum einer gehört nach Abstammung und Familienzuzug den Kreisen an, die in 200jähriger Arbeit den preussischen Staat gebaut haben. Der Reichskanzler selbst entstammt väterlicher- wie mütterlicherseits Familien, die durch mehrere Geschlechtsfolgen das Großbankiergewerbe in Frankfurt am Main und Paris betreiben haben.“

Nach diesen recht durchsichtigen Andeutungen wandte sich Professor Junge mit leidenschaftlichen Anklagen gegen den Reichskanzler, die mit den Worten schlossen:

„Dieser Kampf können wir aber nicht gewinnen, wenn wir von Männern geführt werden, die im Herzen schon besiegt sind; die heimlich dem Vaal Rammon der Feinde opfern und ihn mehr fürchten als unsern Gott.“

An diese bewegliche Klage des alldeutschen Professors, der die „Kalkulationen“ und den „Vörsengeist“ in der deutschen Politik verabscheut, werden wir erinnert durch den Zuberartikel, den der Chefredakteur der „Berliner Neuesten Nachrichten“, Otto Eichler, aus Anlaß der Veröffentlichung Gammanns veröffentlicht. Einen Lichtblick in unserer Zeit nennt er diese Nachricht und freudig ruft er aus: „Endlich endlich!“

Weshalb diese Freude des alldeutschen-konservativen Organs? Herr Eichler läßt uns darüber nicht im Zweifel. Kleinlich und schwächlich sei der Pressedienst unseres auswärtigen Dienstes seit 20 Jahren geblieben.

Herr Eichler hält es für notwendig, der Mißwelt zur Kenntnis zu bringen, daß er genau vor acht Jahren weniger einen Monat dem damaligen Chef der Nachrichtenabteilung in der Wilhelmstraße gesagt habe: „Der Augenblick ist da. Fordern Sie 20 Millionen Mark vom Reichstag für ein deutsches Weltkabelbureau, das in allen Ländern und Kontinenten selbständig Nachrichten sammeln und im deutschen Sinne wirken kann!“ Leider wurde dieser Rat nicht erhört. In der Nachrichtenabteilung des auswärtigen Amtes wurde grundsätzlich „flau gemacht“, zur Ruhe gemahnt und zur Duldsamkeit gegenüber dem Auslande erzo-gen. „Ausgerodet wurden alle Anlässe natürlichen politischen und nationalen Selbstgefühls.“ „Das Ausland trieb wahrlich eine chauvinistische Interessenspolitik, eine vielfach offene demütigende Politik gegen das Deutsche Reich — und trotzdem durste bei uns nichts aufflammen.“ Erhoben sich aber in Deutschland vereinzelte „Stimmen des Hornes“, so stimmte man im Umkreis unserer Nachrichtenabteilung in das Geschrei über die „Alldeutschen“ ein. Erst in den Marokkonoten der Jahre 1905, 1909 und 1911 fingen das Zentrum und die fortschrittliche Volkspartei an zu erkennen, um was es sich in Sachen auswärtiger Politik eigentlich handle, und daß auswärtige Politik einträglich sein müsse. „Im Kriege begab man sich dann zunächst auf den Weg der Hoffnung, des Abwartens und des Schwelgens. Wie dann auf unermeßlich schuldhafter Weise im Verlaufe des Weltkrieges, bis zum heutigen Tage, aus der auswärtigen Politik ein Fahlbürger-Rausen um Interessensstreit der inneren Politik gemacht wurde, fühlen wir mit Horn und Schauer ja jeden Tag von neuem. Erst in letzter Zeit scheinen wieder leise Anlässe zum Besseren sich zu melden.“

Aus dieser „Besserung“ heraus begrüßt nun Herr Eichler den Wechsel in der Nachrichtenabteilung des auswärtigen Amtes. „Unserer auswärtigen Politik aber,“ so schließt er, „wünschen wir, daß sie wenigstens in Zukunft irgend einmal wieder erscheine, wie sie von Rechts wegen vor der eigenen Nation erscheinen soll: nämlich wie eine gut rentierendes, kaufmännisches Geschäft.“

Soweit Herr Eichler in den „Berliner Neuesten Nachrichten“. Wir denken mit Entsetzen daran, was nun Herr Professor Junge in den „Alldeutschen Blättern“ über den auf die Abwege der „Kalkulation“ und des „Vörsengeistes“ geratenen Chefredakteur des Berliner alldeutschen Organs sagen wird.

Kurze Anfrage im Reichstage.

Der nationalliberale Abg. Dr. Schiffer hat im Reichstage folgende kurze Anfrage eingebracht:

„Zeitungs- und Handelsnachrichten zufolge ist in Spanien wegen der Verletzung von Handelsverträgen durch deutsche Unterseeboote eine gewisse Erregung entstanden, obgleich diese Wohnorte sich durchaus im Rahmen der völkerrechtlichen Bestimmung hält. Ist der Herr Reichskanzler in der Lage, darüber Mitteilung zu machen, ob wegen dieser Vorgänge die spanische Regierung vorstellig geworden ist, und wenn das der Fall gewesen ist, welche Antwort ihr gegeben wurde?“

Diplomatie und auswärtige Politik.

Die „Kreuzzeitung“ zitiert aus der „Deutschen Volkswirtschaftlichen Korrespondenz“ einen Artikel, der die Ueberschrift trägt: „Werden Gesandtschaftsberichte immer beachtet?“ In diesem Artikel wird darauf hingewiesen, daß unsere Botschaften und Gesandten im Auslande sich gegen den Vorwurf der Unzulänglichkeit der diplomatischen Vertretung Deutschlands schon deshalb vor der breiten Öffentlichkeit nicht rechtfertigen können, weil sie sich auf ihre geheimgehaltenen Berichte nicht berufen und fordern können, daß nachgeprüft werden soll, „ob und inwiefern diese von der allein maßgebenden verantwortlichen Zentralstelle befolgt oder geflissentlich mißachtet worden sind.“

Ein beachtenswerter Fall liegt vor, der zur Vorsicht im Urteil über gesandtschaftliche Tätigkeit mahnt. Im ungarischen Reichstage war die Diplomatie Oesterreich-Ungarns lebhaft beschuldigt worden, daß sie über die kritische Lage in Rumänien nicht unterrichtet gewesen, von der rumänischen Kriegserklärung überrascht worden sei und daher für den Einfall der Rumänen in Siebenbürgen völlig ungenügende Vorbereitungen getroffen worden seien. Im besonderen richteten sich die An-

klagen gegen den Grafen Czernin, den österreichisch-ungarischen Gesandten in Bukarest, der sich wie andere dortige Vertreter habe täuschen lassen. Das Wiener Rotbuch über die Vorgeschichte des rumänischen Krieges bedeutet jedoch für den Grafen Czernin einen vollständigen Freispruch von jeglichem Vorwurf. Seine Berichte haben sich durchweg als durchaus zutreffend erwiesen; er hat sogar den Ausbruch des Krieges mit Rumänien fast auf Tag und Stunde richtig vorausgesehen. Das auswärtige Amt in Wien ist also von seinem Vertreter in Bukarest auf das Beste unterrichtet und auf den rumänischen Krieg vorbereitet worden. Offen indes bleibt noch die Frage, ob durch das Rotbuch ebenso wie Graf Czernin auch die Wiener Zentralstelle als vollständig entlastet anzusehen sei.

Das Blatt zitiert dann weiter einen Wiener Artikel der „Frankfurter Zeitung“, der feststellen zu können glaubt, daß man in Berlin sehr empfindlich gegen jedes aufrichtige Wort über die Bukarester Macht haben gewesen sei. An Warnungen habe es wahrhaftig nicht gefehlt, wie beispielsweise aus den Berichten des langjährigen deutschen Gesandten in Bukarest, v. Kiderlen-Wächter, hervorgehe, der gesagt habe: „Mit solchem Gesandter sind wir verbündet.“ Die „D. B. C.“ schließt ihren Artikel mit den Worten:

„Die Zeit eignet sich jetzt nicht, die hier aufgeworfene Frage des Näheren zu erörtern und den Ausschluß zu erstreben, ob etwa der Ausruf begründet sei: Was nützen die besten Gesandtschaftsberichte, wenn sie dort, wo sie Berücksichtigung zu beanspruchen haben, beharrlich in den Wind geschlagen werden! Vielleicht erlangen erst unsere Entel herüber Auskunft, falls ihnen einmal die gesamten Akten des auswärtigen Amtes zugänglich sein sollten. Aber dann freilich wäre es zu spät, Schuldige zur Verantwortung zu ziehen.“

Das ist zweifellos richtig, und zwar nicht bloß in dem Spezialfall Rumänien, den die rechtsstehende Presse aus besonderen Gründen für ihren Feldzug gegen die Reichsregierung ausschaltet.

Das tägliche Brot.

Neue Höchstpreise für Käse.

Im „Reichsanzeiger“ wird die neue Bundesratsverordnung über Käse vom 20. Oktober veröffentlicht. Während in der Verordnung vom Januar nur zwei Preise unterschieden wurden, ein Herstellerpreis und ein Ladenpreis, werden jetzt drei Stufen unterschieden: der Herstellerpreis, der Großhandelspreis, beide für einen Zentner, und der Kleinverkaufspreis für ein Pfund. Für Hartkäse unterschiedet die alte Verordnung fünf Sorten, die neue nur drei: Rundkäse nach Schweizer Art, sogen. Emmentaler mit einem Fettgehalt von weniger als 30 Proz., aber wenigstens 25 Proz. der Trockenmasse, Tüfter, Eibinger, Bismarckkäse, Käse nach Holländer (Gouda, Edamer) Art und anderer Hartkäse mit weniger als 25 Proz. Fettgehalt, und solchen mit wenigstens 10 Proz. der Trockenmasse. Die Zahl der Sorten von Weichkäse ist um eine auf sechs vermehrt worden. Es gibt jetzt auch Weichkäse mit einem Fettgehalt von weniger als 10 Proz. In Quark und Quarkkäse unterscheidet man wie früher vier Arten, die aber etwas anders unterschieden werden, gepreßter Quark, Speisequark, frischer, leicht angerichteter Quarkkäse, wie Harzer, Mainz, Epf., Stangen-, Hout- und ähnlicher Käse. Auf Grund der Verordnung hat der Reichskanzler gleichzeitig neue Höchstpreise festgesetzt. Sie betragen im Kleinverkauf für Hartkäse 1 M. bis 1,50 M., für Weichkäse 75 Pf. bis 1,30 M., für Quark und Quarkkäse 60 Pf. bis 1,05 M.

Aus Groß-Berlin.

Schlechte Ausichten für Gartenstädte.

Die deutsche Gartenstadt-Gesellschaft hielt in Berlin ihre diesjährige Hauptversammlung ab. Sie umfaßt rund 1500 Mitglieder, darunter 45 Gemeinden. Im Laufe des Berichtsjahres ist die Gartenstadt Dellerau aus den durch den Krieg entstandenen Schwierigkeiten in gefährliche Verhältnisse übergeführt worden. Die bekannte Genossenschafts-Gartenstadt Falkenberg bei Grünau ist in geordneter Lage, hat sogar trotz des Krieges einen großen Bauabschnitt vollenden können. Mit Ernährungsschwierigkeiten während des Krieges hatten die deutschen Gartenstädte mehr als andere Gemeinwesen zu kämpfen. Die Ausichten der deutschen Gartenstadtbewegung für die Zeit nach dem Kriege wurden allgemein als wenig günstig bezeichnet. Die Beschaffung von Baugeldern werde schwieriger als je werden, umfangreiche Baupläne seien voraussichtlich auf Jahre hinaus zurückzustellen, wenn man nicht bedenklich teuer bauen wolle. Das sei um so mehr zu bedauern, als das Interesse des deutschen Volkes für Gartenstädte ständig gewachsen ist. Vor übertriebenen Hoffnungen, daß das neue Renten-Kapitalabfindungsgesetz sich auch für die genossenschaftliche Baubewegung besonders fruchtbringend erweisen könne, wurde gewarnt. Alle nach dieser Richtung hin abgehaltenen halbamtlichen Vorgesprechungen sind, wie Generalsekretär Otto Grünau andeutete, zu dem gleichen Ergebnis gelangt. Das Reich werde voraussichtlich Kriegsbeschädigte nur in ganz sicheren Fällen und dann in Reichs-Gartenstädten wie Spandau ansiedeln wollen. Der Berliner Magistratsrat Böbling als Vorsitzender der Vereinigung für Kriegsbeschädigten-Ansiedelung erklärte, nach neuesten Feststellungen sei das Kapitalabfindungsgesetz auf Gartenstadteinwohner, die keinen Eigenbesitz haben, überhaupt nicht anwendbar, auch wenn die Wohnung unkündbar ist. Es müsse aber möglich gemacht werden, Kriegsbeschädigte auch ohne Kapitalabfindung anzusiedeln. Ein sehr wunder Punkt sei es noch, daß die meisten Kriegsbeschädigten durch Ansiedelung in Gartenstädten und ähnlichen Baugemeinwesen Landwirte werden wollen, was sich mit dem Charakter der Gartenstadt gewöhnlich nicht vereinbaren lasse. Größere Versuche dieser Art dürften nicht gelingen. Herr Böbling empfahl deshalb die Gründung von städtischen Wirtschaftsblöcken auch für Beschädigte, also Zusammenlegen von Wohnung und Berufsfeld ohne ausschließlich landwirtschaftlichen Charakter. Das Gesamtergebnis der Tagung war, daß die deutsche Gartenstadtbewegung durch den Krieg in keiner Weise gefährdet, aber erheblich geschwächt ist und zunächst nur mit einem langsamen Fortschritt zu rechnen hat.

Protest gegen die Nachenschaften im Zweckverband.

Gestern war eine Sitzung des Verbandsausschusses einberufen worden, weil eine Anzahl von Mitgliedern sich mit dem bisher eingeleiteten Verfahren in der Angelegenheit der Großen Berliner Straßenbahn nicht abzufinden vermochte. Nachdem die Verhandlungen des Ausschusses beendet sind, veröffentlichten diese Mitglieder in Gemeinschaft mit anderen Mitgliedern des Verbandsausschusses um die Verbandsversammlung nunmehr folgende

Erklärung:

In aller Stille und im engsten Kreise werden seit einigen Monaten Verhandlungen gepflogen, welche für die Gemeinden Groß-Berlins einschneidende Bedeutung zu erlangen bestimmt sind. Ausgehend von Anträgen der Allgemeinen Omnibus-Gesellschaft, welche inzwischen erledigt sind, hat der Verbandsausschuss Groß-Berlin es für geeignet gehalten, eine bedeutende Tarifierhöhung auch für die anderen Verkehrsanstalten in den Kreis der Erwägungen zu ziehen. Dann aber hat eine Denkschrift des Verbandsdirektors den Beratungen einer Kommission und einer Unterkommission des Verbandsausschusses die Richtung auf den Erwerb der Großen Berliner Straßenbahn durch den Zweckverband gegeben.

So kann binnen kürzester Frist das Hauptorgan Groß-Berlins, die Verbandsversammlung, unvermittelt vor die Entscheidung gestellt sein, zu einer Ausgabe von weit mehr als hundert Millionen Mark Ja oder Nein sagen zu müssen.

Ein solches Verfahren in jetziger Zeit läuft in gleicher Weise den Interessen der Groß-Berliner Gemeinden wie den Anforderungen der Kriegswirtschaft zuwider. Wenn der Erwerb eines so gewaltigen Unternehmens erwogen werden soll, so müßte ein klarer Ueberblick über alle den Wert der Verkehrsanstalt bestimmenden Verhältnisse möglich sein. Statt dessen befinden sich diese Verhältnisse jetzt mitten im Kriege in der denkbar größten Unklarheit. Niemand kann übersehen, welche Entwicklung die Straßenbahn in der neuen Friedenswirtschaft nehmen, ob sie nicht hinter anderen Verkehrsmitteln zurückbleiben wird. Völlig ungeklärt ist auch die Frage, wie hoch die Belastung des Unternehmens mit Abgaben und Leistungen einzuschätzen ist, eine Frage, welche die Wertbemessung entscheidend beeinflusst. Es wäre in keiner Weise zu rechtfertigen, wollte man alle diese Zweifel bei Seite stellen und eine hohe Summe festlegen, nur um möglichst schnell zu einem Abschluß zu gelangen. Zudem aber — und das fällt zurzeit schwer in die Waage — würde eine derartige Auswendung den Kredit Groß-Berlins in einer Weise belasten, die mit den Ansprüchen der kommunalen Kriegsfürsorge unvereinbar wäre und die Leistungsfähigkeit der Gemeinden für Kriegszwecke auf das empfindlichste lähmen müßte. Erwerb und Tarifierhöhung sind hier unlöslich mit einander verbunden. Unfehlbar würde die Vermessung des Erwerbspreises unter dem Druck der Erwartung stehen, die Einnahme durch höhere Tarife verbessern zu können. So treibt der Erwerb unmittelbar zur Tarifierhöhung, während die öffentliche Meinung mit allem Nachdruck fordert, daß während des Krieges jeder Schritt unterbleibt, der eine nicht zwingend begründete neue Belastung der minderbemittelten Kreise herbeiführen muß.

Die Grundzüge der Selbstverwaltung fordern es, daß ein Vorhaben von dieser ungeheuren Tragweite nicht, wie geschieht, betrieben wird, bevor dasjenige Organ dazu Stellung genommen hat, das nach seinem Wesen und nach der Absicht des Zweckverbandes den wichtigeren Schritten des Verbandes die Richtlinie geben soll, d. h. die Verbandsversammlung.

In erster Reihe verlangen wir, daß die ganze Angelegenheit bis zum Ende des Krieges vertagt wird, weil sie schweren und kraftmindernden Streit hervorrufen würde, während das ganze Sinnen und Denken der Gemeinden jetzt der Kriegsfürsorge gewidmet sein muß.

Anderenfalls halten die Unterzeichneten es für geboten, daß die Verbandsversammlung über den Gegenstand in Erwägung tritt und ihn durch Einsetzung einer Kommission ihrerseits in die Hand nimmt.

Oberbürgermeister Bernuth-Berlin, Bürgermeister Dr. Reide-Berlin, Stadtverordnetenvorsteher Rischel-Berlin, Stadtverordnetenvorsteher Kassel-Berlin, Stadtverordnetenvorsteher Heilmann-Berlin, Stadtrat Alberti-Berlin, Stadtverordneter Druns-Berlin, Stadtverordneter Dove-Berlin, Stadtverordneter Groger-Neukölln, Stadtverordneter Hirsch-Charlottenburg, Stadtbaurat Dr. Ludwig Hoffmann-Berlin, Stadtverordneter Körte-Berlin, Stadtbaurat Krause-Berlin, Stadtverordneter Ladewig-Berlin, Stadtverordneter Rosenow-Berlin, Stadtverordneter Dr. Silberstein-Neukölln, Stadtverordneter Tempel-Berlin-Lichtenberg.

Die Ausnutzung der Straßenbahnwagen.

Die Berliner Verkehrsziffern sind für August 1916 jetzt zusammengestellt und bekanntgegeben worden. Gegenüber demselben Monat von 1915 zeigen die Ergebnisse bei allen Verkehrsmitteln mit Ausnahme nur des Omnibus eine Mehrung der beförderten Personen, der geleisteten Wagenkilometer und der eingenommenen Fahrgelder. Im Hinblick auf den Wunsch der Großen Berliner Straßenbahn-Gesellschaft, eine Erhöhung der Fahrgelder zu erreichen, fordern die Verkehrsziffern dieser Gesellschaft und der ihr angeschlossenen anderen Straßenbahngesellschaften besondere Beachtung. Die Große Berliner Straßenbahn hat im August dieses Jahres (gegenüber dem August vorigen Jahres) befördert über 4 1/2 Millionen (über 3 7/8 Millionen) Personen, eingenommen über 4 Millionen (etwa 3 1/2 Millionen) Mark, geleistet etwa 8 1/2 Millionen (etwa 8 Millionen) Wagenkilometer. Für die Große Berliner Straßenbahn samt den ihr angeschlossenen Bahnen (Berlin-Charlottenburger Straßenbahn, Westliche Berliner Vorortbahn, Südliche Berliner Vorortbahn, Nordöstliche Berliner Vorortbahn) ergibt sich aus August dieses Jahres (gegenüber August vorigen Jahres) eine Beförderung von über 5 1/2 Millionen (über 4 6 Millionen) Personen, eine Einnahme von über 5 Millionen (über 4 1/2 Millionen) Mark, eine Leistung von über 10 1/2 Millionen (über 10 Millionen) Wagenkilometer. Diese Zahlen lassen sofort erkennen, daß wieder — wie schon während der ganzen Kriegszeit — mit der Zunahme der Personenbeförderung die Steigerung der Wagenkilometerleistung nicht Schritt gehalten hat. Das heißt: die Wagenbefugung und die Wagenausnutzung sind in diesem Jahre noch stärker als im vorigen Jahre. Aus den Zahlenangaben über Kilometerleistungen und Betriebseinnahmen haben wir berechnet, wie hoch die Einnahmen bei gleichmäßiger Verteilung auf die Gesamtzahl der beteiligten Wagen und geleisteten Kilometer sich pro Wagenkilometer stellen. Sie sind gegenüber dem August vorigen Jahres höher geworden bei der Großen Berliner Straßenbahn und bei nahezu allen anderen Bahnen mit Ausnahme nur der Nordöstlichen Berliner Vorortbahn, deren Ergebnis wegen des sehr geringen Umfangs ihres Betriebes nicht ins Gewicht fällt. Es wurden eingenommen in Pfennig pro Wagenkilometer im August dieses Jahres (gegenüber dem August vorigen Jahres) von der Großen Berliner Straßenbahn 477/10 Pf. (457/10 Pf.), von der Berlin-Charlottenburger Straßenbahn 442/10 Pf. (43 Pf.), von der Westlichen Berliner Vorortbahn 437/10 Pf. (427/10 Pf.), von der Südlichen Berliner Vorortbahn 337/10 Pf. (31 Pf.), von der Nordöstlichen Berliner Vorortbahn 397/10 Pf. (397/10 Pf.). Für die Gesamtheit aller dieser Straßenbahnen war im August dieses Jahres (gegenüber dem August vorigen Jahres) die Einnahme pro Wagenkilometer 467/10 Pf. (447/10 Pf.). Dieses Ergebnis bedeutet, daß im diesjährigen August aus jedem gefahrenen Wagenkilometer 17/10 Pf. mehr als im vorigen August herausgeholt worden sind. Das sieht sehr winzig aus. Man wolle aber beachten, daß über 10 1/2 Millionen Wagenkilometer gefahren wurden. Noch lehrreicher ist es, bis auf das Jahr vor Ausbruch des Krieges zurück-

zugehen. In ihm wurden von der Großen Berliner Straßenbahn samt den ihr damals angeschlossenen Bahnen (nur die Nordöstliche gehörte damals nicht dazu) befördert noch nicht 46 Millionen Personen, eingenommen noch nicht 4 1/2 Millionen Mark, aber geleistet über 10 1/2 Millionen Wagenkilometer. Die Kilometerleistung war damals dieselbe wie jetzt, geringer aber war die Personenbeförderung und dementsprechend auch die Betriebseinnahme. Die Einnahme pro Wagenkilometer stellte sich hiernach im August 1913 auf nur 417/10 Pf., gegenüber dem August 1916 mit 467/10 Pf. Within wurden im August 1916 aus jedem Wagenkilometer 52/10 Pf. mehr als im August 1913 herausgeholt.

Rückgang der Säuglingssterblichkeit?

In der Presse begegnen wir immer wieder Hinweisen auf die in letzter Zeit sehr bemerkbar gewordene Minderung der Sterbefälle von Säuglingen. Dürfen wir bei Berücksichtigung der durch den Krieg herbeigeführten außerordentlichen Minderung der Geburten wirklich von einer Abnahme der Säuglingssterblichkeit reden?

Die Höhe der Säuglingssterblichkeit wird meist noch einem etwas rohen Verfahren so gemessen, daß man die Säuglingssterbefälle eines Jahres zu den Lebendgeburten desselben Jahres in Beziehung setzt. Dieses Verfahren mag zur Not brauchbar sein in Zeiten, wo die Geburtenhäufigkeit keine allzu starken Schwankungen zeigt. Wenn aber, wie wir es in diesem Kriege erlebt haben, die Geburtenzahl von einem bestimmten Zeitpunkt an plötzlich einen jähen Wurzsturz erleidet, dann kann man mit der oben angegebenen Berechnungsweise zu doch sehr ansehnlichen Ergebnissen kommen. Da der außerordentliche Geburtenrückgang mit Mai 1915 einsetzte, so werden wir für 1915 bei der Berechnung von Sterbeziffern der Säuglinge mindestens die Vorsicht gebrauchen müssen, das „Jahr“ nicht von Januar bis Dezember, sondern von Mai bis April abzugrenzen. Wenn wir die Geburten von Kindern, die nach Ausbruch des Krieges gezeugt wurden, „Kriegsgeburten“ nennen wollen, so wäre der zwölfmonatige Zeitraum vom 1. Mai 1915 bis zum 30. April 1916 das erste „Kriegsgeburtenjahr“.

Sehen wir zu, wie es in diesem Zeitraum um die Säuglingssterblichkeit Berlins stand. Während in dem ersten Kriegsgeburtenjahr 26 752 Kinder lebend geboren wurden, starben in demselben zwölf Monaten 3774 Kinder im Alter von 0—1 Jahr. Das heißt: auf 1000 Lebendgeburten kamen rund 141 Säuglingssterbefälle. Vergleicht man hiermit die Säuglingssterblichkeit des vorhergehenden zwölfmonatigen Zeitraums vom 1. Mai 1914 bis zum 30. April 1915, so erscheint gegenüber ihm das Ergebnis des ersten Kriegsgeburtenjahres sehr günstig. In Mai 1914 bis April 1915 wurden bei damals noch 37 089 Lebendgeburten 5774 Säuglingssterbefälle gezählt, das sind auf je 1000 Lebendgeburten 156 Säuglingssterbefälle. Die so berechnete Sterbeziffer der Säuglinge stand also in 1914/15 sehr viel höher als in 1915/16. Hier spricht aber ein Einfluß von Zufälligkeiten der Bittertungsgehaltung mit; denn in 1914 trafen die Monate August und September noch recht heiße Tage, während in 1915 ziemlich der ganze Sommer kühl war. Bei der Säuglingssterblichkeit kann selbst die Vergleichung ganzer Jahre ein Zustandsbild ergeben, wenn in einem Jahre ein paar Monate ungewöhnlich heiß waren. Wie sehr man sich da täuschen kann, zeigt sich, wenn das erste Kriegsgeburtenjahr 1915/16 nicht mit 1914/15, sondern mit 1913/14 verglichen wird. In Mai 1913 bis April 1914 hatte Berlin bei 39 341 Lebendgeburten 5400 Säuglingssterbefälle, das heißt auf 1000 Lebendgeburten nur 137 Säuglingssterbefälle. Gegenüber 1913/14 stände das erste Kriegsgeburtenjahr mit 141 Säuglingssterbefällen auf 1000 Lebendgeburten keineswegs günstig da.

Auch dieses Ergebnis „beweist“ noch nichts, und wir werden uns hüten, schon bestimmte Schlussfolgerungen daran zu knüpfen. Das eine aber lehrt es, daß man für Berlin gegenüber der Behauptung eines Rückganges der Säuglingssterblichkeit, wenn man die außerordentliche Geburtenminderung des ersten Kriegsgeburtenjahres gebührend berücksichtigt, zu starken Zweifeln berechtigt ist.

Schließung eines Postamts in Berlin. Das Zweigpostamt Berlin N 103 in der Putzbuscher Straße ist vom 23. Oktober ab für die Dauer des Krieges geschlossen worden. Die Schließung ist wie in den bisherigen Fällen bedingt durch die Änderungen in den Verkehrs- und Personalverhältnissen, die der Krieg mit sich gebracht hat.

Arbeiterbildungsschule. Heute, Dienstagabend 8 1/2 Uhr, beginnt im Hörsaal der Schule der Kurjus des Genossen Ernst Däumig: Einführung in die wissenschaftlichen Grundlagen der modernen Arbeiterbewegung.

Der Kurjus über das Leben der Tiere muß wegen Erkrankung der Genossin Räte Dunder verschoben werden.

Sonnabend, den 28. Oktober, beginnt der Kurjus des Genossen Eduard Bernstein: Geschichte der deutschen Sozialdemokratie von 1890—1914.

Kleinhandelspreise für frische Seefische bester Qualität für Dienstag, den 24. Oktober 1916.

Schellfische, klein (bis 1/2 Pfund) 2,00 M., mittel (von 1/2 bis 1 Pfund) 2,25 M., groß (von 1 1/2 bis 2 Pfund) 2,50 M.; Kabeljau, klein (bis 1 1/2 Pfund) 1,35 M., mittel (von 1 1/2 bis 4 Pfund) 1,50 M., groß (von 4 Pfund und mehr) 1,65 M., ohne Kopf (im Aufschnitt) 2,25 M.; Schollen, kleine (bis zu 1/2 Pfund) 1,06 M. (Zusatz Schellfische unzureichend, Kabeljau etwas reichlicher.)

Verkauf von Karpfen und Schleien. Nachdem nunmehr die Zufuhr der von der Kriegsgesellschaft für Reichswehrverwaltung für Groß-Berlin bestimmten Karpfen und Schleien begonnen hat, hat eine Verteilung der Karpfen und Schleien auf die einzelnen in Betracht kommenden Gemeinden stattgefunden. Damit die auf Grund der Verteilung auf Berlin entfallenden Karpfen und Schleien auch tatsächlich den Berliner Einwohnern zugute kommen, ist angeordnet, daß die Kleinhandler Karpfen und Schleien nur gegen Vorlegung der für jeden Berliner Haushalt ausgestellten Ausweisarte für den städtischen Lebensmittelverkauf abgeben dürfen.

Bei Vorlegung dieser Karte dürfen auf einmal Karpfen höchstens im Gesamtgewicht bis zu 8 Pfd. abgegeben werden. Von Karpfen, die über 8 Pfd. wiegen, darf nicht mehr als ein Karpfen abgegeben werden.

Verbotene Brückenüberfahrt bei der Dunkelheit. Eine Verfügung des Oberkommandos in den Marken verbietet die Durchfahrt unterhalb der Eisenbahnbrücke am Potsdamer Aufgängen in der Zeit von 10 Uhr abends bis 4 Uhr früh für alle Schiffe, die keine Durchfahrtszulassung besitzen. Der lebhafteste Sonntagverkehr am 25. Juni veranlaßte die Sternengesellschaft zur Abbeförderung der Fahrgäste als Extradampfer den Kaiser Friedrich nach Pech zu schicken, der 10 Uhr 23 Minuten an der Eisenbahnbrücke eintraf. Der Brückenposten verzehrte dem

Schiffsführer die Durchfahrt, weil derselbe keinen Ausweis hatte. Alles Verhandeln blieb zwecklos und der Posten drohte seiner Instruktion gemäß eine Anzeige an, falls der Schiffsführer weiterfahre. Die Passagiere, die sich hauptsächlich aus Berliner Sonntagsausflügler zusammensetzten, verlangten nun ungestüm vom Schiffsführer die Durchfahrt, da sie sonst den Eisenbahnanschluß nach Berlin vermissen würden. Des Publikums bemächtigte sich eine große Aufregung. In dem entstehenden Lärm wurde edle Auseinandersetzung zwischen Posten und Schiffsführer offenbar mißverstanden und der Schiffsführer mußte dem Drängen nachgeben und durch die Brücke zur Anlegestelle fahren. Dem folgenden Dampfer „Grünau“ verlegte der Kaptposten den Weg und das Schiff mußte trotz aller Proteste umkehren und am Kiewitz seine Fahrgäste landen. Gegen den Schiffsführer August Berger vom Kaiser Friedrich wurde ein Strafbefehl von 100 M. erlassen. Auf seinen Einspruch ermächtigte das Potsdamer Schöffengericht die Strafe auf 50 M. mit der Begründung, daß sich der Schiffsführer in einer Zwangslage befunden hatte und man sich wohl vorstellen könne, daß die Berliner für alle Fälle von dem Schiffsführer die Weiterfahrt verlangten.

Ungeerntete Kartoffeln. Ich hatte dieser Tage — so schreibt uns ein Leser — Gelegenheit, die hinter Königs-Wusterhausen gelegenen Felder zu sehen. In drei großen Ackerstücken befinden sich die Kartoffeln noch in dem Boden, und einige Recke buddelten tüchtig. In Marienhof und Gallun konnte ich über 100 Morgen große Kartoffelfelder feststellen, welche die Kartoffeln noch in dem Boden haben. Sollen die Kartoffeln erst erfrieren, ehe sie geerntet werden, fragt der Einsender dieser Zeilen. Es müßte doch möglich sein, die Kartoffeln ernten zu können. Wenn nicht anders, soll der sehr wohlhabende, in Berlin sehr bekannte Besitzer dieser Güter doch die Erlaubnis erteilen, daß das Publikum sich die Kartoffeln selber buddeln kann, es würde nicht lange dauern und die Kartoffelernte wäre heimgebracht. Das wäre besser als wenn die Kartoffeln erfrieren und dann höchstens als Viehfutter verwendet werden könnten.

Tödliche Straßenbahnunfälle.

Ein bedauerlicher Unglücksfall hat sich am gestrigen Montag vormittag in Reinickendorf ereignet. In der Provinzialstraße kam der vierjährige Helmut Meng im Eifer des Spiels unter einen Straßenbahnwagen der Linie 23. Der Knabe geriet unter den vorderen Schuttrahmen des Triebwagens und wurde überfahren. Durch Anheben des Wagens mittels mitgeführter Binden wurde das Kind befreit; es war jedoch bereits tot. Die Leiche wurde nach dem Schauhaufe gebracht.

Beim Auffpringen auf einen Straßenbahnwagen tödlich verunglückt ist Sonntagabend der fünfzehn Jahre alte Rittfahrer Albert Reuter aus der Schönholzer Str. 18. Reuter wollte gegen 11 Uhr vor dem Hause Brunnenstr. 12 auf einen Wagen der Linie 5, der sich in voller Fahrt befand aufspringen. Er kam aber zu Fall und geriet unter den Anhängewagen, dessen Räder über ihn hinweggingen. Der Verunglückte war sofort tot. Die Schuld trifft ihn selbst.

Verloren wurde von einer Kriegerfrau auf dem Wege von Neue Königstraße bis Bahnhof Alexanderplatz ein goldenes Armband mit sehr kleiner Uhr, ein wertvolles Andenken. Der erlöste Finder wird gebeten, das Armband abzugeben bei Wolfstein, Liegnitzstr. 5.

Kleine Nachrichten. Zwei gefährliche Paletotmörder, die seit Wochen die Kasse- und Bierhäuser in der Hauptverkehrsgegend Berlins unsicher machten, wurden von der Kriminalpolizei hinter Schloß und Riegel gebracht, ein Kellner und Schneider Eugen Engelhardt und ein Kellner Friedrich Schwandt. — Ein großer Willensbruch wurde in der vergangenen Nacht auf dem Vauxhausberg bei Potsdam verübt. Die Einbrecher suchten dort die Behausung des Vaurats Eggert auf dem Grundstück Nr. 8 heim und erbeuteten 2700 Mark in Hundertmarkscheinen, wertvolle Pelzjacken, viel Silberzeug und Schmuckstücke. — Aufgefährt ist ein Selbstmörder. Über den wir vor einigen Tagen vom Neuen Tor berichteten. Auf einer Ruhebant tödete sich dort früh morgens ein Mann durch einen Schuß in den Mund. Er hatte eine verblutete linke Hand und man vermutete in ihm deshalb einen Kriegsverletzten. Diese Annahme hat sich jetzt als richtig erwiesen. Der Tote wurde erkannt als ein 24 Jahre alter Walter Wienarski aus der Uhländerstraße 50. Der junge Mann hatte im Felde vier Finger der linken Hand verloren und nach seiner Entlassung eine Pförtnerstelle angenommen. Dieser Beruf sagte ihm aber so wenig zu, daß er des Lebens überdrüssig wurde.

Aus den Gemeinden.

Die Kartoffelversorgung in der Gemeinde Britz

Ist durch den Ankauf von 21 000 Zentner sichergestellt. Es fehlen noch 4000 Zentner zu dem notwendigen Bedarf, dieselben sind aber durch Beschlagsnahme der im Ort befindlichen Vorräte bei den Produzenten sowie noch zu beschaffenden Ankauf gedeckt.

Die Lieferung erfolgt aus den anliegenden Gütern und Gemeinden und zwar auf Abruf nach Bedarf.

Mit der Anfuhr wird in der laufenden Woche an die Besteller der Bezugscheine begonnen.

Die Bezahlung erfolgt vor der Lieferung nach der Rechnung. Den Kriegerfrauen ist Kotenzahlung gestattet. Der Beitrag wird in gleichmäßigen Raten von den Unterstützungen bis zum 1. März 1917 in Abzug gebracht.

Kartoffelversorgung in Neukölln für die Wintermonate.

Der Magistrat von Neukölln teilt mit: Seit einigen Tagen ist mit der Abfuhr der von den einzelnen Haushaltungen für die Winterlagerung bestellten Kartoffeln begonnen und hierbei beobachtet worden, daß seitens der Bevölkerung vielfach unbedeutende Verdammen über schlechte und minderwertige Kartoffeln mit dem Antrage auf entsprechenden Ersatz vorgebracht worden sind. Die Stadt hat Einrichtungen getroffen, daß nur solche Ware zur Winterlagerung abgegeben wird, die von besonderen Sachverständigen hierzu für geeignet gehalten wird. Die Bevölkerung muß dem Rechnung tragen, daß die Kartoffelernte infolge der ungünstigen Witterungsverhältnisse sowohl bezüglich der Menge als auch der Beschaffenheit durchaus nicht den gehaltenen Erwartungen entsprechen hat und daß kleinere Mängel bei der jetzigen Kriegszeit mit in den Kauf genommen werden müssen. Unter den obwaltenden Umständen kann ein Ersatz für von der Bevölkerung für nicht geeignet gehaltene Kartoffeln aus den angeführten Gründen von der Stadtgemeinde grundsätzlich nicht geleistet werden. Mit einem gewissen Prozentsatz für Schwind, angefaulte, erkrankte und angefohene Kartoffeln usw. ist von vornherein bei Winterlagerung zu rechnen. Das bisher geübte Verfahren, die geringe Menge schlechter Kartoffeln abzulefen und unter Vorlegung im Rathaus Ersatz zu verlangen, hat keinen Erfolg. Aus diesem Grunde ist auch die tägliche Ration nicht wie sonst gewöhnlich vorgegeschrieben auf 1 Pfund, sondern auf 1 1/4 Pfund festgesetzt worden.

Erfreulich ist diese Mitteilung des Neuköllner Magistrats für die Bevölkerung gerade nicht. Denn der erhobene Preis für die Kartoffeln ist so hoch, daß man genießbare und ausgelesene Kartoffeln verlangen kann. Der Neuköllner Magistrat sollte die Lieferanten haftbar machen.

Winterfeuerung der Kriegerfrauen in Neukölln.

Zu dieser kürzlich veröffentlichten Notiz schreibt uns der Magistrat von Neukölln: Die von uns mit dem Verein Neuköllner Kohlenhändler geführten Verhandlungen sind zu dem Abschluß gelangt, daß die diesigen Kohlenhändler die von uns ausgegebenen Kohlenscheine im

Werte von 3 M. entgegennehmen und daraufhin 200 Preßkollen Marke 'Ase' oder 'Kaiser' oder 208 Stück Marke 'Arona' oder 218 Stück Marke 'Wulkan' und ferner 1/4 Hektoliter Koks liefern. Diese Regelung ist in einer Sitzung der Kohlenhändler einstimmig angenommen worden.

Die Mietunterstützung in Tempelhof.

In der letzten Gemeindevorstellung wurde über einen Antrag der Unterstützungs-Kommission, die Mietunterstützung betreffend, verhandelt. Die Kommission beantragte: 1. Von der Kriegsunterstützung für das erste Kind sind nicht, wie bisher, 3 M., sondern nur 2 M. zur Miete anzuzurechnen; 2. von dem Arbeitsverdienst oder sonstigen Einnahmen sind der Kriegsfrau mindestens 20 M. zu belassen (früher 10 M.); die erhöhte Mietunterstützung wird nicht erst bei einem Verzicht des Hauseigentümers von 30 Proz., sondern bereits bei einem solchen von 20 Prozent gezahlt. Diese Bestimmung tritt auch in den bisherigen Unterstützungsstellen in Kraft mit der Maßgabe, daß eine Vereinträchtigung der Einkünfte der Kriegsfrau nicht stattfinden darf. Die Genossen Burgemeister und Ewald verlangten, daß die Bestimmungen, die den vollen Genuß der Mietunterstützung für diese Frauen vorsehen, fallen gelassen würden. Sie verwiesen auf die Ungerechtigkeiten, die dadurch entstehen, wenn man einer Frau, die ihrer Beschäftigung nachgeben, einen Teil ihres Verdienstes anrechne, während eine besserbetehrte Frau, die nicht nötig habe zu arbeiten, die volle Unterstützung erhalte. Ebenso ungerecht sei es, einer Kriegsfrau mit mehreren Kindern Beiträge von der Mietunterstützung zu machen, weil sie eine höhere Kriegsunterstützung beziehe als die mit weniger Kindern. Man verneine hier ganz, daß bei den heutigen teuren Lebensmitteln eine Familie nicht von der Kriegsunterstützung existieren könne. Die bürgerlichen Gemeindevorsetzer lebten die Anträge unserer Genossen ab und nahmen die der Kommission an. Vocher wurde einem Antrage des Gemeindevorstandes, 100.000 M. für die Kriegswohlfahrtspflege zu bewilligen, einstimmig zugestimmt. Diese Mittel werden für Lieferung von Schutzwert an Kriegsfamilien, ärztliche Hilfe für Kriegsfrauen und Kohlenlieferungen an Kriegsfamilien verwendet. Jede bedürftige Kriegsfamilie erhält monatlich 400 Kohlen zum Preise von 3 M. Die Gemeinde legt hierbei 2 M. zu. Die Kohlen können bei sämtlichen Kleinhandlern bezogen werden. Bisher hat die Gemeinde 90.000 M. für diese Zwecke verausgabt.

Sitzungstage der Stadt- und Gemeindevorstellungen.

Berlin - Oberschöneeweide. Dienstag, den 24. d. Mts., nachmittags 5 Uhr, in der Aula des Realgymnasiums. Es liegt eine wichtige Tagesordnung vor, u. a. Lebensmittelfragen, Schiffsverkehr. Diese Sitzungen sind öffentlich. Jeder Gemeindegewählte ist beehrt, ihnen als Zuhörer beizuwohnen.

Aus aller Welt.

Ein Geschwisterpaar ermordet. Ein Doppelmord wurde, wie aus München gemeldet wird, am Sonntag bei Jochberg verübt. Der 50jährige Besitzer des Schöbinger Gutes wurde in der Nähe des Hauses mit eingeschlagenem Schädel tot aufgefunden. Seine fast gleichaltrige Schwester war ebenfalls ermordet worden. Von dem unbekanntem Täter fehlt bis her jede Spur.

Schweres Eisenbahnunglück in Frankreich. Nach einer Meldung des 'Journal' aus Grenoble sind auf der Linie Grenoble-Vourc-D'Isère zwei Personenzüge zusammengestoßen. 52 Personen wurden verletzt.

Parteiveranstaltungen.

Neußölln, Mitgliederversammlung am Mittwoch, den 25. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, in den 'Kassagenossen', Bericht 151/52: Vortrag des Reichstagsabgeordneten Koste über: 'Krieg und Frieden'. Die Mitglieder werden gebeten, für guten Verlauf dieser Versammlung Sorge zu tragen. Der Vorstand, Z. H.: Aug. Kemmann. Treptow-Donmschulenweg, Mittwoch, den 25. Oktober cr., findet bei Kubel in Treptow, Parkstraße, eine außerordentliche Mitglieder-versammlung statt. Tagesordnung: Der 'Normals' Konflikt und Bericht von der am Sonntag stattgefundenen Kreisgeneralversammlung. Zahlreiche Erscheinen unbedingt notwendig. Berlin-Oberschöneeweide. Der Extra-Jahrlabend findet gemeinschaftlich bei Brande am Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr, statt. Kleinandorf, Ost, Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr, bei Sabau, Neßdorferstr. 124, gemeinsamer Jahrlabend. Preis-Lustow, Mittwoch, den 25. Oktober, abends 9 Uhr, Extra-Jahrlabend bei Westphal, Rudower Str. 67. Wilmshusen, Mittwoch, den 25. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, Mitglieder-versammlung bei D. Walke, Berliner Allee 251. Die Begrüßung, Tempelhof, Mittwoch, den 25. Oktober, findet bei Reimer, Didenstr. 67, ein außerordentliches, gemeinsamer Jahrlabend statt. Magdeburg, Mittwoch, den 25. d. M., abends 8 1/2 Uhr, findet bei Scheffler, Reustr. 15a, ein gemeinsamer Jahrlabend statt. Bericht von der außerordentlichen Kreisgeneralversammlung vom 22. Oktober. Zahlreiche Beteiligung ist geboten. Wilmshusen, Mittwoch, den 25. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, Mitglieder-versammlung bei Wahrenhof. Tagesordnung: 1. Bericht von der Kreis-generalversammlung, 2. Abstimmung über die empfohlenen Anträge, 3. Wahl der Delegierten zur Verbandsgeneralversammlung.

Eingegangene Druckschriften.

'Die Wöste', Sozialistische Wochenchrift, herausgegeben von F. W. Wöste, 20 M. Verlag für Sozialwissenschaft, Berlin SW 68. 'Arbeiterpolitik', Wochenchrift für wissenschaftlichen Sozialismus, Heft 18, 15 Pf. Verlag in Bremen, Waller-Deer-Str. 32.

Arbeiter-Tamariterbund, Kolonne Groß-Berlin. Mitglieder-versammlung am Mittwoch, den 25. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, in Gieseler-Bereinshaus, Köpenicker Str. 62. Sehr wichtige Tagesordnung, bitte pünktlich zu erscheinen.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet für Abonnenten Endebr. 3, IV. Hof rechts, portofrei, am Montag bis Freitag von 4 bis 7 Uhr, am Sonnabend von 5 bis 6 Uhr statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Antrage ist ein Wunsch und eine Zahl als Vermerk beizufügen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt. Anfragen, denen keine Kennzeichnung beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Gütige Fragen trägt man in der Sprechstunde vor. Beiträge, Sachfragen und dergleichen bringt man in die Sprechstunde mit.

G. C. 607. Von der Miete dürfen Sie den Betrag nicht in Abzug bringen. Sie müssen, wenn Sie die Ausgabe für die Anschaffung bereits gemacht haben, von dem Mietzahlung verlangen eventuell durch Klage vor dem Richter. Wir würden Ihnen sonst empfehlen, sich an das zuständige Polizeirevier mit der Bitte um Abhilfe zu wenden. - R. V. 3. Ein solcher Vertrag ist unteres Wissen nur für Baden erlaubt. Da die betreffende badische Staatsangehörigkeit hat, so würden wir empfehlen, sich an das badische Ministerium des Innern zu wenden. - W. R. 88. Die Verrechnungskosten sind dem gesamten Nachlass in Abzug zu bringen. - W. R. 101. 1. Das Kriegselterngeld kann bis zum Betrage von 250 M. jährlich erhöht werden. 2. Anspruch auf Sterbegeld bei der Krankenkasse besteht nur, wenn die Versicherung nach Einziehung zum Heere fortgesetzt wurde. 3. Anspruch auf der Invalidenversicherung besteht für die Mutter nicht. - R. V. 3. Wenn der Sohn für den Unterhalt beizutragen hat und wenn die Kriegselterngeldbestimmung, können Sie Antrag auf Abnahme stellen. - L. 99. Unter Verletzung eines ärztlichen Urteils können Sie einen solchen Antrag nicht an das Bezirks-Verwaltungsamt stellen. - D. G. 6. Die Miete können Sie bedingen nicht einhalten. Sie können gegen die Miete nur Klagen auf Erfüllung des Vertrages. - R. 28. Ja. - R. 7. 100. Eine Gesetzesbestimmung besteht darüber nicht. Die Genehmigung dazu hängt vom Verwaltungsverfahren ab. - R. 98. Allgemeine Körperschuld: zeitig umfangreich. - W. R. 69. Der Miet kann in diesem Falle Zahlung nur vom Mann verlangen, zumal nach ihrem Schicksal anzunehmen ist, daß Sie mit dem Mietvertrag gar nichts zu tun haben. - R. 111. 1. Aus der Kriegselterngeldversicherung steht der Frau kein Anspruch auf Rente zu. Nur eine Zurückhaltung der Beiträge erfolgt. 2. Rentenrente wäre nur aus der Invalidenversicherung zu beziehen. 3. Rein. 4. 10 Jahre. 5. Rein. 6. Annerhalb eines Jahres. 7. Ja. 8. Ein solcher Antrag ist an die Bezirksverwaltungsamt zu stellen. 9. Der Anspruch verläßt nach Verlaufe eines Jahres. - G. 28. 1. Sie können einen solchen Einigungs-beschluß erwirken und dem Verwaltungsgericht zustellen. 2. Ihre Forderung müßte nach Ihrer Darstellung als bevorrechtigt gelten. 3. und 4. Beide gehören zum Amtsgericht Berlin-Mitte, Berlin O 2, Neue Friedrichstraße 12/17. - W. R. 100. 1. und 2. Rein. 3. Ja.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Mittwoch mittag. Wind wärmer, trocken und vielfach heiter, in der Nacht zu Mittwoch östlich der Ober-Rheinische Front.

Sozialdemokratischer Wahlverein Kreis Niederharm. Bezirk Weihensee.
An den Folgen seiner Verletzung starb als Opfer des Weltkrieges der Genosse
Karl Hunziger
III. Bezirk.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Dienstag, den 24. d. M., nachmittags 4 Uhr, auf dem Georgen-Friedhof, Köpenickerstr. 67, statt.
Um rege Beteiligung ersucht
1813 Die Bezirksleitung.

Deutscher Banarbeiter-Verband. Zweigverein Berlin. Bezirk Weihensee.
Am 21. Oktober starb unser Mitglied, der Maurer
Karl Hunziger
an den Folgen einer Kriegsverletzung.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Dienstag, nachmittags 4 Uhr, auf dem Georgen-Friedhof, Köpenickerstr. 67, statt.
Um rege Beteiligung ersucht
1432 Die örtliche Verwaltung.

Deutscher Transportarbeiter-Verband. Bezirksverwaltung Groß-Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Vater
Julius Kirschke
an den Folgen seiner Verwundung am 17. Oktober im Alter von 33 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 25. d. Mts., von der Leichenhalle des Georgen-Friedhofes, Hasenheide, aus statt.
68/19

Deutscher Holzarbeiter-Verband. Zahlstelle Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Tischler
Karl Möllnitz
Neußölln, Anseebachstr. 73 im Alter von 40 Jahren gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Dienstag, den 24. Oktober, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Städtischen Friedhofs Neußölln, Mariendorfer Weg, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
92/6 Die Ortsverwaltung.

Nachruf.
Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Arbeiter-Transportarbeiter
Willi Hönicke
am 15. Oktober im Alter von 45 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Bezirksverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Verwaltungsstelle Berlin.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Dreher
Hermann Graeser
Schwedenerstr. 17 am 20. Oktober gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 25. Oktober, nachmittags 3 1/2 Uhr, vom Kreuzberg aus nach dem Städtischen Friedhof, Seestraße, Ecke Müllerstraße, statt.
Rege Beteiligung wird erwartet.
124/9 Die Ortsverwaltung.

In Breslau starb plötzlich und unerwartet an Herzschlag mein herzgeliebter, einziger Sohn, der Mediziner
Franz Förster.
Er war meine Hoffnung, mein Stolz, mitten im raschen Aufsteigen, im unermüdbaren Aufwärtstreben ist er jäh dahingegangen.
In tiefster Trauer
Frau Witwe Förster,
Berlin, Gräner Weg 97.

Welmütige Erinnerung
zum
Sterbetage unseres lieben Paps
Wilhelm Brandt
gelassen am 24. Oktober 1915.
Lieber Papa, ruhe in Frieden.
Gedacht, beweint und unvergessen
von Deinem lieben Sohn
und seiner Gattin
Frida Brandt geb. Springer.

Am Freitag, den 20. d. Mts., abends 6 Uhr, verstarb unser Kollege, der Dreher
Hermann Graeser
im 48. Lebensjahr.
Dieser war uns ein lieber, guter Kollege, wir werden sein Andenken stets bewahren.
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 25. Oktober, nachmittags 3 1/2 Uhr, auf dem Städtischen Friedhof, Seestraße, 114.
Die Kollegen der Firma
Korn.

Als Opfer des Weltkrieges erlag am 25. September 1916 im Feldlager infolge der schweren Verletzung, die er am 5. August 1916 erhalten hatte, unser lieber Kollege, der Dreher
Otto Degler
Infanterie-Regiment Nr. 150.
Sein ehelicher und aufrichtiger Charakter wird uns ein dauerndes Andenken bewahren.
Die Kollegen und Kolleginnen der Firma A. Vorfig, Tegel, Weißstraße, I. Etage.

Die Beerdigung der Frau
Jenny Harke
geb. Sommerfeld
findet erst Mittwoch, den 25. d. Mts., nachm. 3 Uhr, Weihensee, neue Halle, aus statt.

Antisagung.
Für die zahlreichen Beweise aufrichtiger Teilnahme an dem Gedenkgange meines lieben Vaters
Wilhelm Hartmann
sagen wir allen unsern herzlichsten Dank, besonders den Herren Wöhrdt, Hülke und Köhler für ihre spendenden Worte an der Bahre.
Im Namen der Familie
1916 **K. Hartmann.**

Oskar Wollburg Trauer-Magazin
gegründet 1896
Brunnenstr. 56-57
Große Auswahl in schwarzer Konfektion.
Auf Wunsch Mahanstellung in 8 Stunden.
Kaufmannschaftlich anerkannt ist. Kein Abfuhrmittel. Große Gewichtsabnahme auch ohne Einhalten ein. bestimmt. Diät. 25jähr. klin. Erfolge. 2,50 M., 3 Pakete 7 M. 61ta Reichel, Berlin 43, Eisenbahnstr. 4.

Entfettungstee
„Grassina“, reines Pflanzenprodukt, dessen ungeschädlich, natürl. Wirkung wissenschaftlich anerkannt ist. Kein Abfuhrmittel. Große Gewichtsabnahme auch ohne Einhalten ein. bestimmt. Diät. 25jähr. klin. Erfolge. 2,50 M., 3 Pakete 7 M. 61ta Reichel, Berlin 43, Eisenbahnstr. 4.

In Freien Stunden.
Romane und Erzählungen für das arbeitende Volk. Gro. Heft 15 Pf. Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW 68, Lindenstraße 8.

Können Sie die Leder-Sohle „Zukunft“?
Dieselbe ist garantiert unübertroffen in der **Haltbarkeit und Wasserdichtigkeit**
Durchaus nicht zu vergleichen mit anscheinend ähnlicher Ware.
Nur Tatsachen beweisen. Überzeugen Sie sich bitte selbst.
Berliner Schuhbedarf Gesellschaft m. b. H.
Besohlungs-Annahmestellen:
S Prinzenstr. 63 | W Hohenstaufenstr. 22
NW Bismarckstr. 68 | Nettelbeckstr. 7-8
Friedrichstr. 243 | NW Brandenburger Str. 57-60
NO Königstr. 71.

Bezugsquellen-Verzeichnis Berlin-Osten
Beschäftigt wiederholt einmal. Uninteressante Geschäfte empfehlen sich bei Rückfragen.

Butter, Eier, Käse P. H. Ackermann, 8 Filialen	Mehlhandlung Königsberger Straße 28/27
Solange der Vorrat reicht KORN	Photograph. Atollers Hayn, Frankfurt, Allee 99 geg. Ringh. Frank, Allee 99 Th. Wenzel Hauptstr. 28 a. Adressenliste
H. handiert Paket à 300 gr. 27 Pfennige Johannes Gerold Berlin, Lützowstraße 64	Schw. u. Besohlmaschinen Petersburger Straße 45
Warenhäuser Hamburger Warenhaus Max Pfennig Alte-Straße 11, York-Las. erb. 5 Zahn-Atollers Wöhrdt Neue Königstr. 45 (am Alexanderpl.)	Solange der Vorrat reicht KORN

Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher usw.
Bureau: Weichhorstraße 28, part. Fernsprecher Amt Wpl. Nr. 4787. Filiale Berlin. Arbeitsnachweis: Gormannstraße 13. Fernsprecher: Amt Norden 3791-97.

Donnerstag, den 26. Oktober 1916, abends 8 1/2 Uhr: Mitglieder-Versammlung im Gewerkschaftshaus, Engelufer 15.
Tagesordnung:
1. Vom Krieg zur Friedensarbeit. Referent: Stadtvorsteher Eugen Bräuner. 2. Diskussion, 3. Verbandsangelegenheiten.
Mitgliedsbuch legitimiert
Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung erwartet das Erscheinen aller Kollegen
191/13 Die Ortsverwaltung.

Spezialarzt
für Haut-, Gicht-, Frauenleiden, nerv. Schwäche, Weichteile jeder Art, Ehrlich-Hata-Kuren, Friedrichstr. 81, gegenüber Sprößl. 12-2, 1/2, 1/3, Sonntag 11-2. Honorar däm., a. Teilzahl. - Separates Massagezimmer.

Heines Werke
3 Bände 5 Mark
Buchhandlung Vorwärts
Carbidlampen,
Sturmletern 4,50, 5,75, 7,50. Carbid billig. Glühlampen Ersatz. Weberstr. 42. 183/15

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin. N 54, Finienstr. 83-85
Geschäftszeit von 9-1 Uhr und von 4-7 Uhr.
Telephon: Amt Norden 1957, 1299, 9714, 185.

Wittwoch, den 25. Oktober 1916, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelufer 15: Mitglieder-Versammlung der Gold- und Silberarbeiter und verwandten Berufsgenossen
Tagesordnung:
1. Verbands- und Branchenangelegenheiten. 2. Verschiedenes.
Mitgliedsbuch legitimiert.
Zahlreiche und pünktliches Erscheinen wird erwartet.

Donnerstag, den 26. Oktober 1916, abends 8 Uhr, im Lokal von Klement, Sophienstr. 6: Branchen-Versammlung der Elektromonteur u. Helfer Groß-Berlins
Tagesordnung:
1. Vortrag des Kollegen Wäcke. 2. Branchenangelegenheiten. 3. Verbandsangelegenheiten. 4. Verschiedenes.
Das Erscheinen aller Kollegen ist unbedingte Pflicht.
194/10 Die Ortsverwaltung.